

Wöchentlich 88 Pf., monatlich 3,00 M., im Voraus bezahlbar, Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Poststeuer pro und 72 Pf. Postbezug für den Zustellungsabnehmer 6,- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucklohnposten 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Zeit und Zeit“ „Berliner Frauenstimme“, „Lohn“, „Blitz in die Arbeiterwelt“, „Tag und Nacht“, „Stadtbote“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 636. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Tel. V. u. D. 10. — Depositionskonto: Jerusalemstr. 65/66.

Dienstag

3. März 1931

Groß-Berlin 10 Pf.

Auswärts 15 Pf.

Die einzige Konzeptionsstelle 80 Pf. Berlinische 1,- M. „Kleine Anzeigen“ das illustrierte Wort 25 Pf. jährlich zwei illustrierte Hefen, jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt 11. Tarif. Stellenangebote das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 69 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 8<sup>1/2</sup> bis 12 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

# Gegen Gewalt und Justizmord!

## Machtvolle Rundgebung der Berliner Sozialdemokratie.

Die gestrige Rundgebung der Berliner Sozialdemokratie im Sportpalast zählt nach dem übereinstimmenden Urteil auch der erfahrensten Genossen zu der eindrucksvollsten, die unsere Partei in der Reichshauptstadt jemals veranstaltet hat. Daß sie wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden mußte, war keine Ueberraschung, da die Eintrittskarten durch die Funktionäre bereits seit mehreren Tagen restlos abgesetzt waren. Aber die Kampfesstimmung, die Begeisterung der Massen beim Fahneneinmarsch der Delegationen von Arbeiterportieren und Arbeiterjugend, bei den Reden der drei Referenten, bei den prachtvollen Darbietungen der Arbeiterfänger und endlich bei gemeinsamem Schluffgesang der Internationale, legten ein bereites Zeugnis ab von dem glänzenden Schwung der gerade jetzt angefangenen der faschistischen Drohung bei jung und alt in der Berliner wie in der gesamten deutschen Sozialdemokratie herrscht.

Mögen auch die Worte der italienischen Rede des Genossen Pietro Renni nur von den wenigsten vor der Uebersetzung verstanden worden sein, allein schon die wunderbar klangvolle Sprache hielt die Zuhörer in ihren Bann. Die nachträgliche Berdeutschung gab ihnen ein treffendes Bild von dem Werden des italienischen Faschismus, der sich in seinen Anfängen radikal gebärdete, um Arbeiterstimmen zu fangen, den aber die reaktionäre Bourgeoisie unterstützte, weil sie diese Demagogie sehr wohl durchschaute, dafür aber erkannte, daß sich der Faschismus sehr gut als Sturmbock gegen das sozialistische Proletariat benutzen läßt. „Ganz wie bei uns“ hat jeder Berliner Arbeiter sofort empfunden, zugleich aber die mahnende Warnung des Italiensers beherzigt, aus den Fehlern der italienischen Sozialisten zu lernen und die Demokratie und den Parlamentarismus als Kampfmittel nicht zu unterschätzen.

Die bolschewistische Form der Diktatur wurde sodann durch die Rede des russischen Genossen Abramowitsch nicht weniger verurteilt als die faschistische in der Rede des Genossen Renni. Helle Empörung, manchmal auch zorniges Gelächter löste die Aufdeckung der Sowjetlügen über die Menschewitz bei dem neuen schwindelhaften „Saboteur-Prozess“, sowie die Schilderung der infamen Methoden, mit denen jene „Gesandnisse“ erpreßt werden, auf denen dann diese Lügen aufgebaut werden.

Mit Recht konnte Genosse Otto Wels feststellen, daß an diesem Abend die faschistische und die bolschewistische Diktatur, die so viel Berührungspunkte haben, gemeinsam auf der Anklagebank des internationalen Proletariats stehen. Starke Eindruck und stürmischer Beifall rief seine Erklärung hervor, daß der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie durch eidlige Aussagen vor deutschen Gerichten die Lügenhaftigkeit der auf sie Bezug nehmenden Stellen der Moskauer Anklageschrift beweisen und diese Bereitwilligkeit durch das Auswärtige Amt in Moskau offiziell mitteilen lassen werde.

Die großindustriellen Geldgeber des deutschen Faschismus weisen als Ehrengäste der Sowjetregierung in Moskau. Mussolini hat als Geldgeber der österreichischen Heimwehrbewegung 2,5 Millionen Lire hergegeben — wieviel muß er sich erst die Unterstützung der Goebbels-Bewegung kosten lassen! So brachte unser Parteivorstand den Massen deutlich zum Bewußtsein, wie sich Faschismus und Bolschewismus gegenseitig unterstützen, um gemeinsam gegen die Sozialdemokratie anzutreten.

Aber die Sozialdemokratie ist unerschütterlich und unerschütterlich. Sie marschiert, sie greift jetzt an — das hat die imposante Rundgebung im Sportpalast überzeugend bewiesen!

Die Kameraden vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold umsäumen das weite Rund, unsere Turner und unsere Jugend, stürmisch begrüßt von den Tausenden, die sich von ihren Plätzen erhoben haben, marschieren ein mit den roten Bannern der Freiheit. Die Freie Sport- und Musikvereinigung spielt. Unsere treusthigen Arbeiterfänger bringen Kampflieder zu Gehör, von totem Grunde aus aber mahnt das Bild eines Ermordeten, des Opfers italienischer Faschisten: Giacomo Matteotti.

Der Vorsitzende des Bezirksverbandes Groß-Berlin Franz Künster begrüßt die Versammlung. Er heißt besonders willkommen den Kampfgefährten Matteottis Pietro Renni, den die Berliner

Sozialisten durch sein Buch „Lobekampf der Freiheit“ kennen. In Renni erblicken wir den Vertreter des von Mussolini getöneten und gemarterten italienischen Proletariats. Im Winter 1926 mußte unser Freund über die Berge in die Schweiz fliehen, um das nackte Leben vor blutgierigen Schwarzhemden zu retten. Gerade jetzt, da bei uns Goebbels und Hitler der deutschen Arbeiterbewegung den Garaus machen wollen, fühlen die Berliner Proletarier sich den italienischen Genossen verbunden. Wir sagen Renni: das deutsche Proletariat ist zum Kampf bereit und wird alle Opfer auf sich nehmen, nicht nur um sich selbst zu schützen, sondern um der Internationale zu dienen. Zu Abramowitsch gewendet, sagte Künster: „In diesen Tagen haben wir internationalen Sozialdemokraten die erste Pflicht, der Schwergedrückten und verfolgten russischen Sozialdemokratie Treue und Solidarität zu verkünden. Der Bolschewismus hat unzählige Menschen auf dem Gewissen. Aber ihr russischen Sozialdemokraten, die ihr unter Führung von Dan und Abramowitsch unter uns weilt, mögt euch

nicht als Gäste, sondern als Brüder bei uns fühlen. (Stürmische Zustimmung.) Nach dieser Begrüßungsansprache nahm das Wort Genosse

### Pietro Renni-Italien:

Was ich in Deutschland erlebe, hat mir gezeigt, daß der deutsche Faschismus gegen ihre Arbeiterschaft nicht antommen wird. Sie sind stark genug, um den Feind aller Freiheit und Demokratie abzuwehren. Führende Kraft der europäischen Gegenrevolution ist der italienische Faschismus. Er führt den Klientelkampf des Besitzes und will die Arbeiterschaft hindern, sich aus ihrer Unterdrückung zu befreien. Es ist deshalb notwendig, daß man in ganz Europa die Methoden des Faschismus kennenlernt, der bald zehn Jahre Italien beherrscht und über alle Mittel der staatlichen Gewalt verfügt. In den ersten Jahren nach dem Kriege erlebte die italienische Sozialdemokratie einen riesigen Aufschwung. Man glaubte an die erlösende Macht des Sozialismus und wollte ihn realisieren. Vielleicht hat man auch in Kreisen der Partei gewisse Dinge wie die russische Revolution romantisch überschätzt und so Fehler begangen. Gleichwohl aber vollbrachte der italienische Sozialismus starke positive Leistungen. Wir eroberten damals den Achtstundentag, die Betriebsräte und den kollektiven Arbeitsvertrag. Unsere Lohnkämpfe waren von Erfolg. Die Partei zählte 200 000 eingetragene Mitglieder, die Gewerkschaften über zwei Millionen. Wir waren im Parlament mit 156 Mandaten die stärkste Gruppe, in 2000 Kommunen hatten wir die Mehrheit. Unser Genossenschaftswesen hatte tief in die kapitalistische Ordnung eingegriffen. Aber es fehlte uns die klare Zielsetzung, und die Fabrikbesetzung erwies sich als ein Fehler. Näheres erkannte die bedrückte Bourgeoisie, welche Macht ihr gegenüberstand, und da erschien ihr als Retter die faschistische Bewegung. Es war bei uns genau so, wie in Deutschland jetzt. Unlogischer Sozialismus, der radikaler schien als der wissenschaftlich begründete Marxismus, revolutionäres Phrasentum und angriffslustiger Nationalismus mischten sich ineinander. Für das Ohr des Ungeheulten war Mussolini am wirkungsvollsten, weil er der lauteste Schreier war.

Die Bourgeoisie aber nahm die Phrasen nicht ernst, genau so wenig wie eure Kohlenherren an der Ruhr die antikapitalistischen Deklamationen Hitlers für bare Münze nahmen.

Das kapitalistische Bürgertum wußte, daß Mussolini der Träger ihres Klassenbewußtseins sein würde. Liberaler als die Liberalen, republikanischer als die Republikaner, sozialistischer als die Sozialisten und nur die „altgewordenen Nachläufer von Karl Marx“ beschimpfend, das war Mussolini vor der Machtergreifung.

Und so sammelte er denn Bürgerhücheln und junge Bauern, Deklassierte und Abenteurer, Landsknechte des zwanzigsten Jahrhunderts, die unter der Fahne des Nationalismus Weichgardisten des Kapitalismus wurden. Als dann der König sich für den 11. März entschied und Mussolini im Staatswagen von Mailand nach Rom fuhr, hatte die Gewalt gefiegt.

heute hatten 300 000 Mann faschistischer Miliz Wacht am Grabe der italienischen Freiheit.

Die Gegner sind vogelfrei und der faschistischen Tscheta preisgegeben. Der Faschismus hat wie ein Heer fremder Eroberer sein Lager in Italien aufgeschlagen. Korruption und Entrechtung, Schieberherrschaft und bitterste Not der Arbeiter herrschen. Es ist notwendig, daß die Arbeiterklasse der ganzen Welt die Fahne der Freiheit und Demokratie in sozialistischem Geiste hochhält und die demokratische Selbstverwaltung verwirklicht. Gerade bei Ihnen, deutsche Genossen, habe ich die Gewissheit, Freiheit und Recht werden Sieger bleiben. Wir werden den Faschismus überall zerschlagen,

und wir werden den Tag erblicken, da diesseits und jenseits der Grenzen nicht die Bojonette, sondern die roten Fahnen des Sozialismus stehen werden. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch Genosse Kewenow (Breslau) die Rede unseres Freundes Renni überfetzt hatte, spricht Genosse

### Abramowitsch-Rußland:

Ich danke für die Möglichkeit, die man mir gab, hier von Ihnen über den Moskauer Prozess zu sprechen und eine verbrecherische Politik zu brandmarken. In dem Augenblick, wo die internationale Arbeiterklasse im Entscheidungskampf gegen den Faschismus steht, springt der Bolschewismus diesem seinem Verbündeten bei. In Moskau sitzen auf der Anklagebank vierzehn „gewesene Sozialdemokraten“, von denen zwölf 1920 die Partei verlassen und zwei niemals der Partei angehört haben. Man verhaftete sie, man erpreßte Geständnisse, man legte ihnen fertiggeschriebene Geständnisse zur Unterschrift vor! Die „Pravda“ (Genosse Wels ruft: „Die Wahrheit“), Genosse Abramowitsch: „Ja, leider heißt „Pravda“ Wahrheit“) hat behauptet, daß ich 1928 in Moskau war. Sie nannte den Bahnhof, auf dem ich ankam, den Wagen, mit dem ich fuhr, das Hotel, wo ich die Koffer abstellte, die Reden und die Konferenzen, die ich abhielt. Ich bin seit 1920 nie in Rußland gewesen. Man schrieb, die deutsche Partei hätte mir 480 000 Rubel zur Verfügung gestellt. Verginge einem nicht der Humor bei all dieser Tragik, so möchte ich den Genossen Wels bitten, es nachträglich zu tun. Das sowjetrussische Staatssystem läßt

### Verhöre am laufenden Band

vornehmen, 24 bis 48 Stunden lang. Die Untersuchungsrichter lösen sich ab, der Beschuldigte steht zwischendurch auf dem Korridor und darf sich nicht hinsetzen. Monatelang erhält er keine Nachricht, keine Bücher, keinen Besuch, leugnet er, sperrt man ihn in den kalten Kerker, ohne Decke, ohne Matratze (Pflü-Rufe) oder den dunklen Kerker, ohne Licht, ohne Nahrung (erneute Pflü-Rufe). Gefälschte Geständnisse legt man ihnen vor. Spitzel geht man zu ihnen in die Zelle. Man sagt ihnen: Deine Frau, dein kleines Kind ist gestorben. (Anhaltende Bewegung.) Bis der gemarterte Mensch endlich gesteht, was man von ihm verlangt. Sie, Genossen, werden sagen: Emigranten übertreiben! Nein, das ist keine Uebertreibung, das ist leider bezugte Wahrheit. Vor einem Jahre sagte ich dem Genossen Künster, daß in den Konzentrationslagern 166 000 Menschen säßen. Das war nicht ganz richtig. Nach dem Zeugnis eines sowjetfreundlichen Journalisten der „New York Times“ befinden sich von 2 Millionen Eingekerkerten

### heute noch 1 Million in den Konzentrationslagern.

Man beschuldigt uns in dem Moskauer Prozess, Aufstand und Intervention gefördert zu haben. Ausgerechnet unsere Partei hat sich Interventionsgedanken entgegengesetzt. Wir haben jeden Plan dieser Art verworfen und bekämpft. Wir haben die sozialdemokratische Partei Rußlands mobilisiert, um mit der Roten Armee gegen die weiße Intervention zu kämpfen. Der Sozialismus hat Rußland die Hand entgegengestreckt, um ohne Konterrevolution die Demokratie zu verwirklichen. Die Antwort ist dieser Faustschlag des Moskauer Prozesses. Leider muß ich es sagen:

### Der alte Faschismus war nicht so schlimm als der kommunistische Faschismus.

Wir wurden verfolgt, in die Gefängnisse gefeßt und mit Hinrichtung bedroht. Aber man hat uns nicht verurteilt. Sie wissen, was Verurteilung ist. Ebert hat es erfahren. Die Schrift „Gefesselte Justiz“ beweist es, und der Umstand zeugt dafür, daß deutsche Sozialdemokraten auf die Schreibereien eines französischen Spions hin niedrigster Handlungen, beschuldigt werden. Die kommunistische Inquisition will uns moralisch und physisch vernichten. Aber es gibt ein höheres Gericht als das Oberste Gericht der Sowjetrepublik. Das ist das Gericht des internationalen Proletariats. Hier gewinnen wir den Prozess, wenn auch die vierzehn armen Menschen in Moskau verurteilt werden. Das internationale Proletariat kapituliert nicht vor einer ehrlösen Diktatur und weiß, daß Menschlichkeit triumphieren und das Ziel der Befreiung trotz aller Widerstände erreicht wird. (Stürmischer Beifall.)

Sodann nimmt das Wort der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie

### Otto Wels.

„Wir alle sind aufs tiefste erschüttert durch das, was Renni und Abramowitsch uns berichteten. Unsere Ohren wurden weit und unsere Augen hell. Gleichen sich nicht Faschismus und Nationalsozialismus? Ja, man stellt Forderungen sozialen Inhalts auf, um sie nachher preiszugeben und die Arbeiterschaft zu verraten. Faschismus und Bolschewismus werfen die Arbeiterschaft zurück. Diese Verjammlung ist mehr als eine Rundgebung. Hier ist ein Forum der



# Die Braunschweiger Wahlen.

Von Otto Grotewohl, Braunschweig.

Unterdrückten. Und die wohlbegründeten Anklagen, die wir hörten, werden wir weiter verbreiten. Unser Kampf gegen den Faschismus, der nach dem 14. September in ganz Deutschland geführt wird, zeugt von unserem Willen. Als jetzt die Nationalsozialisten das Parlament verlassen, meinen sie, wir würden zermürbt zurückbleiben. Sie haben unser Verantwortungsgefühl unterschätzt. Wir wissen, was wir der deutschen Demokratie schuldig sind. (Stürmischer Beifall.) Wir wissen, daß wir durch die Erhaltung der Arbeiterklasse dienen. (Erneute stürmische Zustimmung.) Sorgen wir, daß der Auszug aus dem Parlament für die Nationalsozialisten ein umgekehrter Aszendent wird. Die Nazis sagen, sie würden ins nächste Parlament mit 200 Mandaten einrücken. Vor dem 14. September erklärten sie, wenn wir 60 Mandate haben, was werden wir dann alles beginnen. Der einfache Wähler aber wird ihnen zurufen: Hundertfieben habt ihr gehobt und seid aus dem Parlament hinausgezogen. Braunschweig ist ein Zeichen. Wenn nach einem rajenden Aufstieg ein Stillstand kommt, dann geht es bergab. Wir werden diesen Gegner schlagen mit den Waffen, die er gegen uns anwendet.

Faschismus und Bolschewismus sind verbündet. Am 25. Februar gab es, als Moskauer Bürger der Parole zu einem Weltkampftag gegen die Arbeitslosigkeit folgten, in Leipzig tote und verwundete Arbeiter. Am 26. Februar fuhren Deutschlands Industriekapläne nach Moskau. Gleichzeitig begann der Prozeß gegen die Genossen von der russischen Sozialdemokratie. Zu dem neuesten Schödlings- und Schwindelprozeß, der darauf hinausläuft, die russische Sozialdemokratie, und mit ihr zugleich die Sozialistische Internationale, in ihr vor allem aber die deutsche Sozialdemokratie zu infamieren, hat der deutsche Parteivorstand ja bereits in der gesamten Presse eine Erklärung erlassen. Ich bemerke:

**Bisher ist es dem „Sozialdemokratischen Pressebüro“ und dem „Vorwärts“ nicht möglich gewesen, die Genehmigung der Sowjetregierung zu erlangen, Korrespondenten nach Sowjetrußland zu entsenden. Zur Zeit werden die Vertreter der deutschen Schwerindustrie, die Herren von Borßig und Voensgen, mit größten Ehren in Rußland empfangen.**

Die Leute, denen die deutschen Kommunisten den schwersten Kampf androhen, sind Gäste der russischen Gewalthaber. Wir verzichten auf solchen Empfang, und das fällt uns nicht schwer. Aber ich erkläre hiermit vor aller Welt im Namen aller Mitglieder des sozialdemokratischen Parteivorstandes:

An dem Bürgengebäude der verlogenen Staatsanwälte, die gegen die russische Sozialdemokratie gegenwärtig am Werke sind, ist kein wahres Wort. Wir sind bereit, wie es im internationalen Rechtsverfahren durchaus möglich ist, uns vor jedem deutschen Gericht zu dem ganzen Fragenskomplex unter Eid in vollem Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit zu äußern.

Die Männer, die den sozialdemokratischen Parteivorstand bilden, bieten der Weltöffentlichkeit sicherlich eine stärkere Garantie für die Wahrheit ihrer Erklärung, als die durch Kauf oder Terror geprüften Zeugen der russischen Rechtsjustiz.

**Wir werden weiterhin das Auswärtige Amt ersuchen, durch die deutsche Vertretung in Moskau der russischen Regierung von dieser unserer Erklärung Kenntnis zu geben.**

(Stürmische Zustimmung.) In dem Prozeß, der gegenwärtig geführt wird, werden die bolschewistischen Diktatoren Bist, Lüge und Beschweigen der Wahrheit an, unbestimmt darum, daß der verbrecherische Anschlag jedermann klar ist. Vielleicht ladet man die Herren Borßig, Kretzgen und Voensgen in eine Ehrenloge als Zuschauer an. Die Herren werden ihre Freude daran haben, wie sie, die den Nationalsozialisten ihre Unterstützung leisten, die Bolschewisten gegen Sozialdemokraten vorgehen sehen. Aber ihre Pläne werden scheitern an der internationalen Sozialdemokratie, die für Freiheit und Recht kämpft. (Stürmischer Beifall.)

Begeistert wird das Hoch auf die Sozialdemokratie aufgenommen. Wieder singen unsere Arbeiterlänger, die Internationale erklingt, stehend grüßen Tausende zum Abschied die roten Fahnen.

## Das Bürgertum am Hitler-Bande.

Volksparteiliche Kritik an der Volkspartei.

Köln, 2. März. (Eigenbericht.)

Die volksparteiliche „Kölnische Zeitung“ nimmt das Ergebnis der braunschweigischen Gemeindevahlen zum Anlaß einer Kritik an dem Verhalten der Volkspartei, die im Freistaat Braunschweig mit den Nazis auf Gedeih und Verderb verbündet ist. Das Blatt schreibt: „Die Arbeitsgemeinschaft mit den Nationalsozialisten war an sich schon ein Fehler, aber nicht einmal der schlimmste. Viel schlimmer war, daß sich das Bürgertum von Franzosen und seinen Anhängern politisch und wirtschaftlich — ähnlich wie in Thüringen — majorisieren ja tyrannisieren ließ. Es fehlt an Willen zur Selbstbehauptung. Statt dessen ließ man sich treiben; man liegt die Quittung der Wählerschaft vor. Ob man endlich daraus lernen wird? Es ist wirklich die höchste Zeit!“

## Einschreiten gegen Stahlhelm.

Ermittlungsverfahren gegen die Führer.

Halle, 2. März.

Der Generalstaatsanwalt in Berlin hat, wie schon bekannt, gegen die Bundesführer des Stahlhelm Seldte und Duesterberg auf Grund des § 5 Abs. 1 des Republikshutzgesetzes in Verbindung mit § 20 des Reichspressgesetzes wegen des Aufrufes in der Stahlhelmzeitung Nr. 2 ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der am 18. Januar erschienene Aufruf war die Einladung zum Volksbegehren.

**Zeitungsverbot im Rheinland.** Die Kölner kommunistische Tageszeitung „Sozialistische Republik“ ist vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz wegen Beschimpfung des Reichspräsidenten durch einen Artikel „Bittgung der Reformisten und Christen zum Stahlhelm-Hindenburg“ auf die Dauer von zwei Wochen, und zwar vom 1. bis 15. März einschließlic, verboten worden.

**Einstein — Ehrenhäuptling.** Professor Einstein, der sich augenblicklich in New-Mexiko aufhält, wurde vom Stamm Hopi-Indianer mit großen Gepränge zum Häuptling ernannt.

**Einwanderung fast völlig verboten.** Das amerikanische Konsulatsbüro hat die Regierungsanfrage angenommen, die die Einwanderung für die Dauer von zwei Jahren auf zehn Prozent der gegenwärtig zugelassenen Kontingente beschränkt.

Das Ergebnis der braunschweigischen Gemeindevahlen stand im Mittelpunkt des politischen Interesses von ganz Deutschland. Mancher Republikaner, mancher Parteifreund mag enttäuscht die Zahlen gelesen haben, die der Wahlerne entzogen sind. Um es vorweg zu sagen: wir Braunschweiger Sozialdemokraten sind zufrieden! In einem Wahlkampf von unerhörter Schärfe, der an Intensität und Ausdehnung hinter keiner politischen Wahl großen Ausmaßes zurückstand, hielt die Sozialdemokratie im Trommelfeuer heftigster Angriffe ihren Bestand.

Das Ziel des Bürgertums und der Nazis war die Vernichtung des Margismus. Es ist nicht erreicht. Zwar ist ein Teil unserer Wähler nach links abgewandert, weil er glaubte, im moskowitzischen Himmel Rettung vor wirtschaftlichem Elend und vor drückendster Not zu finden, aber diese Wähler dürfen uns kaum verloren gehen. Wenn die Rebel politische Demagogie fallen und der Sumpfboden wirtschaftlicher Verelendung sich wieder in festen Boden verwandelt, werden diese Verirrten zu uns zurückfinden. Wir sehen sie nur darum mit Wehmut von uns scheiden, weil ihre kommunistische Stimmenabgabe an vielen Stellen eine vernünftige Willensbildung verhindern wird.

Am 14. September 1930 betrug die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen 126 972. Sie ist am 1. März 1931 auf 113 114 zurückgegangen. Das ist ein Rückgang um 13 858. Von diesem Stimmenrückgang sind rund 5000 Stimmen durch die kommunistische Partei ausgefallen, so daß ein tatsächlicher Verlust von etwa 8800 Stimmen verbleibt. Ohne auf die zehnprozentige geringere Wahlbeteiligung zu verweisen, ist dieser Verlust zu erklären durch die Tatsache, daß in vielen Orten durch Wegfall der Wahlen — weil man sich dort über die Zusammenfügung des Gemeinderates vorher einigte — ein Stimmenverlust eingetreten ist, der besonders für die Sozialdemokratie noch dadurch vermehrt wurde, daß in vielen Orten keine sozialdemokratischen Kandidatenlisten aufgestellt waren. Das ist besonders an solchen Orten der Fall gewesen, wo durch politischen oder wirtschaftlichen Terror die Entfaltung der Partei durch eigene Kandidatenlisten unmöglich war.

In vielen Fällen sind aus diesen oder ähnlichen Gründen „neutrale Arbeiterlisten“ aufgestellt, die bei der Berechnung der Stimmzahlen naturgemäß außer Ansatz bleiben mußten. Da unter diesen Verhältnissen die Rechtsparteien und die Nazis so gut wie gar nicht zu leiden hatten, ergeben sich Einwirkungen auf die Zahlen- und Größenverhältnisse, unter denen allgemeine politische Wahlen nicht annähernd zu leiden haben. Es dürfte darum auch kaum angängig sein, das Ergebnis von Gemeindevahlen schematisch auf die Beurteilung der tatsächlichen politischen Kräfteverhältnisse zu übertragen. Die Braunschweiger Gemeindevahlen dürfen gleichsam nur als ein Stimmungsbarometer gewertet werden.

Wenn man das vorliegende Zahlenmaterial so wertet, dann ergibt sich besonders die Tatsache, daß die Nationalsozialisten ihren sprunghaften Aufschwung und ihren unnatürlichen Fettausgang, den man noch in den letzten Wahlen, wie in Bielefeld und Bremen beobachtet konnte, in Braunschweig eingebüßt haben. Darüber hinaus zeigen sogar die Wahlergebnisse aus vielen agrarischen Orten Stimmeneinbußen bis zu 50 Proz. Obwohl also die Nazis noch in ihrer besten politischen Konjunktur leben, zeigt ihre Bemegung

bereits eine Flatterhaftigkeit, die mit Recht ihren ganzen politischen Erfolg seit dem 14. September 1930 als einen politischen Inflationsgewinn erscheinen läßt. Darüber kann auch der nationalsozialistische Gesamtergebnisgewinn von 1681 Stimmen nicht hinwegtäuschen.

Besonders eklatant dürfte sich aber bei den Wahlen in der Stadt Braunschweig gezeigt haben, daß die ganze Hülerei nicht ein Problem der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterschaft ist, sondern einzig und allein des deutschen Bürgertums. Der „margistische“ Wahlblock steht unerschüttert da, selbst wenn man von den weit günstigeren Zahlen des Jahres 1928 ausgeht. Wir zählten 1928 44 803 Stimmen für die Sozialdemokratie und 4324 Stimmen für die Kommunisten, zusammen also 49 127 margistische Stimmen. Die Reichstagswahl vom 14. September 1930 brachte unter weit ungünstigeren Voraussetzungen eine Stimmzahl von 41 621 für die Sozialdemokratie, und 8828 für die Kommunisten, zusammen also 50 449. Am 1. März zählte die Sozialdemokratie bei den Gemeindevahlen in der Stadt Braunschweig 37 672, die SPD. 12 236, das sind zusammen also 49 908 Stimmen.

Diese Entwicklung zeigt, daß ein Einbruch des Nationalsozialismus in das Lager des Margismus in keiner Weise stattgefunden hat.

Verheerend hat der Wahlausgang allerdings in den Reihen der bürgerlichen Parteien zugunsten der Nazis gewirkt. Mittelstand, Deutschnationale und Volkspartei sind von 26 579 Stimmen auf 18 595 Stimmen gesunken und haben damit einen Verlust von 7984 Stimmen zu verzeichnen.

Das Beachtliche dabei ist jedoch, daß von diesen nahezu 8000 Stimmen nur ein ganz geringer Teil von den Nazis aufgelesen wurde. Das Bürgertum läuft seinen eigenen Parteien davon. Es traut dagegen den Margistentöttern vom Hakenkreuz bereits nicht mehr. Sie wählen nicht mehr Nazi. Die Nazis haben ihre Stimmzahl in der Stadt Braunschweig nur um 1788 gegenüber dem 14. September steigern können. Das hat seine besonderen Gründe, die nur aus dem braunschweigischen Lokalkolorit zu verstehen sind. Die Welsen haben vor einigen Monaten ihren politischen eigenen niedersächsischen Geist aufgegeben und in ihrem Sterbehause die Parole: „Wählt Nazi!“ ausgegeben. Das gleiche haben einige Tage vor der Wahl die Kleinrentnerorganisationen, die bis dahin Volkspartei wählten, getan. Diese beiden Gruppen stellten den Nazis immerhin ein neues Wählerreservoir von rund 3000 Stimmen mißlos zur Verfügung. So entpuppt sich schließlich der kaum nennenswerte nationalsozialistische Stimmenzuwachs als eine politische Leichenfledderei. Ähnlich wird es in einigen anderen Städten liegen, soweit Anhänger der beiden Gruppen vorhanden waren.

Die Sozialdemokratie hat in diesem hartnäckigen verheerenden Kampf allen bürgerlichen Parteien einschließlic der Nazis unerschütterlichen Stand gehalten. Ob und inwieweit die eingetretene Verschiebung der eigenen Macht nach links politisch genutzt werden kann, muß die Zukunft lehren. Es steht allerdings zu befürchten, daß die zu den Kommunisten abgeschwommenen Wähler bald erkennen müssen, daß sie ihre Stimmen zwecklos und wirkungslos abgegeben haben, denn die Kommunisten pflegen überall die Steigbügelhalter der Nazis zu sein.

# Der Kampf um Berlins Werke.

Dannie Heinemann wird heute sein Privatierungsangebot machen.

Wie wir hören, wird Dannie Heinemann, der Chef des belgischen Sofina-Konzerns, heute in Berlin eintriften und offiziell sein Angebot zur Anleihebeschaffung für Berlin machen. Er wird dabei auch seine Bedingungen hinsichtlich der sogenannten Sicherstellung der zu vermittelnden Anleihe festlegen. Wir haben mehrfach ausführlichs dargelegt, daß es sich hierbei um eine Privatierungsaktion ganz großen Stiles handelt und daß Berlin ein Angebot nicht annehmen kann, das die kommunale Verfügungsfreiheit über seine Werke und Tarife anstößt.

Wir haben heute zu Heinemanns Eintreffen in Berlin nur noch einige Bemerkungen zu machen. Sowohl der Sofina-Konzern als auch die Elektro-Hintermänner Heinemanns in Deutschland und auch gewisse deutsche große Banken haben in den letzten Wochen und Monaten im Auslande systematisch gegen den öffentlichen und besonders gegen den kommunalen Kredit gearbeitet. Es ist so weit gekommen, daß man, um die Privatierungsabsichten zu fördern, offen erklärt, daß man den Gemeinden keine Anleihen ohne besondere Sicherheiten mehr geben dürfe. Unverküßelt wurden als solche Sicherheiten kontrollierende Beteiligungen genannt, was die Absicht der Privatierung ganz klar als den Zweck der Kreditshädigung erkennen läßt. Ausländische Kapitalkreise schüttele bereits über diese Art, den Profit und das Eigeninteresse über das Gesamtinteresse und über die nationale Würde zu stellen, den Kopf.

Wir haben noch ein zweites festzustellen. Diese Methode, den deutschen Kredit, besonders den öffentlichen, im Ausland zu gefährden und die Bedingung der Kapitalbeteiligung, also die Finanzkontrolle des Auslandes, zur Voraussetzung einer Anleihegewährung zu machen, kann für die gesamte deutsche Wirtschaft, auch die private, der Keim zu einem höchst gefährlichen Leberstremungssystem werden. Ohne hin bedeutet das Eindringen ausländischer Kapitalmächte in die deutsche Kraftwirtschaft, wie wir sie immer betont haben, die Kontrolle über den Preis der elektrischen Kraft, von dem die deutsche

Exportfähigkeit zu einem guten Teil abhängt. Wenn es aber so kommen sollte, daß Reich, Staat und Gemeinden etwa für Anleihen, die sie für ihre Unternehmungen brauchen, Kapitalbeteiligungen als Sicherheiten stellen müssen, dann steht auch die ganze deutsche Industrie vor der glücklichen Aussicht, von den ausländischen Kapitalgebern bald auch nach dem Ausmaß der Kapitalbeteiligungen gefragt zu werden, wenn sie selbst Anleihen braucht.

Wir wissen nicht, ob man bei den deutschen Banken, ob man in der deutschen Privatwirtschaft schon bedacht hat, was solche Konsequenzen der seihigen Privatierungskampagne für die Zukunft der deutschen Wirtschaft bedeuten. Heinemann und sein System, ebenso sein von ihm kapitalmäßig abhängiger Gehilfe in Deutschland, Generaldirektor Ollsen, ist der Exponent solcher die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaft bedrohenden Kräfte. Je schneller und nachdrücklicher die Stadt Berlin den Angeboten der belgischen Sofina die Ablehnung folgen läßt, desto besser für Berlin und desto besser auch für die deutsche Wirtschaft! Angebote von der Art, wie sie die Sofina machen kann, sind nicht mehr kaufmännischer, sondern politischer Natur.

## Frage und Antwort.

Schnuppolizei bei der Beerddigung der ermordeten Reichsbannerleute.

Die Teilnahme von Polizeibeamten an der Beerddigung der in der Neujahrsnacht in Berlin erschossenen Reichsbannerleute war von einem Landtagsabgeordneten der Wirtschaftspartei zum Gegenstand einer kleinen Anfrage gemacht worden.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Minister des Innern auf die kleine Anfrage folgende Antwort erteilt: „Die Beerddigung der in der Neujahrsnacht erschossenen Mitglieder des Reichsbanners kann ich nicht als eine parteipolitische Veranstaltung betrachten.“



# Berlin-Gesetz verabschiedet.

## Kompromißarbeit der Regierungsparteien.

Im Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages wurde am Montag das neue Berlin-Gesetz nach dem unter den Mehrheitsparteien zustande gekommenen Kompromiß ohne wesentliche Veränderungen in dritter Lesung verabschiedet. Die Regierung hat das Kompromiß ebenfalls als vorläufige Notregelung angenommen. Seiner Verabschiedung im Plenum dürften kaum Schwierigkeiten entgegenstehen.

Das Kompromiß sieht insbesondere eine Stärkung der Stellung des Oberbürgermeisters vor. In seiner Hand liegt die Exekutive. Ihm ist ferner das Vorschlagsrecht für Beamtennennungen zuerkannt. Neben die Stadtverordnetenversammlung, der durch das Gesetz ein genau begrenzter Katalog von Befugnissen übertragen wird, und die nach wie vor von einem Stadtverordnetenvorsteher geleitet wird, tritt der Stadtgemeindeausschuß unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters als Vertretungskörperschaft der Stadtverwaltung. Der Magistrat besteht aus dem Oberbürgermeister, 2 Bürgermeistern, 9 besoldeten und 6 unbesoldeten Mitgliedern. Die Wahlzeit der bisherigen unbesoldeten Magistratsmitglieder erlischt mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes. Die besoldeten Magistratsmitglieder bleiben weiter im Amt.

Die Bezirksverfassung ist fast unverändert geblieben. Die Bezirksversammlungen lagern wieder unter dem Vorsitz des Bezirksbürgermeisters, und nicht öffentlich.

Die Bestimmung, daß, wenn ein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung weder in der ersten noch in der zweiten Sitzung zustande kommt, der Stadtgemeindeausschuß den Beschluß fassen soll, wurde gestrichen. Annahme fand eine geänderte Fassung dahin, daß die ehrenamtlichen unbesoldeten Stadträte für jeden Tag der dienstlichen Inanspruchnahme ein Tagegeld in Höhe des Sitzungsgeldes der Stadtverordneten für eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erhalten sollen. Zur Erhaltung der Einheitlichkeit der Verwaltung soll der Oberbürgermeister regelmäßig gemeinsame Besprechungen des Magistrats mit den Bürgermeistern abhalten. Die Wahlzeit der unbesoldeten Mitglieder des Magistrats soll mit dem Inkrafttreten des Gesetzes enden. Das Gesetz soll am 31. März in Kraft treten.

Die Vorlage wird am Sonnabend, dem 7. März, im Plenum zur zweiten und in der zweiten Hälfte des März zur dritten Beratung gestellt werden.

# Luther gegen Schacht.

## Deutschland braucht Kredite. — Nazi-Wünsche führen zur Inflation.

Reichsbankpräsident Dr. Luther hat gelegentlich der Leipziger Messe vor den in- und ausländischen Pressevertretern eine Rede gehalten, die in mehrfacher Hinsicht bedeutsam ist. Luther betonte, daß er deutlich zu sprechen wünsche. Die gegenwärtige Not habe ihren Grund nicht in Mängeln der Währung. Währungspläne, wie man sie heute vorläufig zu machen versuche, seien alle miteinander Wege zu neuer Inflation, die uns endgültig ins Elend reißen würde. Die Währungspläne der Reichsbank zur Verhinderung einer Inflation läßt Luther vollkommen aus. Heute drohen der Währung, abgesehen von den propagierten Experimenten, feinerlei Gefahr. Über die Abwehr solcher Experimente könnte zur Folge haben, daß das Wirtschaftselend und die allgemeine Not sich noch vergrößert.

Zum Problem der Reparationen bemerkte er, daß die politischen Zahlungen das natürliche Funktionieren der Marktwirtschaft schwer beeinträchtigen. Die Erkenntnis, daß die deutschen Reparationsleistungen als politische Zahlungen die Grenzen der marktwirtschaftlichen Unsicherheit überschreiten und den marktwirtschaftlichen Organismus der Welt immer mehr schädigen und untergraben, sehe sich in steigendem Maße bei allen Sachverständigen durch. Deutschland brauche allgemein langfristiges und billiges Kapital, um die kurzfristige Verschuldung, die als „unsichtbare Belastung“ uns wie ein Alpdrück lähme, durch eine langfristige Verschuldung abzulösen, und man brauche billiges Kapital, um die Ausfuhr zu steigern.

In Amerika sei der Gedanke geprägt worden, es handle sich gar nicht mehr um die Frage, ob Deutschland zahlen könne oder ob Deutschland zahlen sollte. Welche politischen Entscheidungen aber auch gefaßt werden würden, Deutschland werde sich immer von der Gewinnung eines ehrbaren Kaufmanns leiten lassen. Über den Stimmungen gegen den Young-Plan dürfe nicht vergessen werden, daß der Young-Plan uns von fremder Besetzung und fremder Bewirtschaftung wichtiger Teile unseres Staatswesens freigemacht habe. Immer wieder müsse der verpflichtende Vertragscharakter des Young-Plans betont werden. Auf der einen Seite müsse Deutschland seine Verpflichtungen deutlich anerkennen; aber in untrennbarem Zusammenhang damit sei auch die Erfüllung der Verpflichtung der anderen Vertragspartner zu fordern. Deutschland gehe in gar keiner Weise mit dem Gedanken um, unter welchen Umständen auch immer, privatrechtlich begründete Zahlungen oder Zahlungen an Private einzustellen. Dazu gehöre auch der Zinsen- und Kapitaldienst für die Young-Anleihe und für die Dawes-Anleihe. Das Wort Rotorium habe die irrihe und irreführende Vorstellung hervorgerufen, als erstrebe Deutschland etwas wie eine Zahlungseinstellung.

Der Reichsbankpräsident Dr. Luther dürfte Schachts Buch, zu dem wir im Wirtschaftstext der Ausgabe Stellung nahmen, vor seiner Rede genannt und es für notwendig gehalten haben, möglichen freisprechenden und gefährlichen politischen Wirkungen dieses Buches rechtzeitig entgegenzuwirken. Unter diesen Gesichtspunkten ist seine Stellungnahme besonders zum Reparationsproblem zu begründen.

Dr. Schacht ist gegenwärtig in Stockholm und hat gleich nach seiner Ankunft Pressevertreter empfangen. Wie immer im Ausland, war Schacht auch dort wieder vorsichtiger als in seinem großspurigen Buche, das bei Hugenberg und Hitler werden soll. Deutschland werde seine Schulden bezahlen können, wenn man ihm das Recht gebe zu arbeiten und Gelegenheit, Geld zu verdienen. An eine Herabsetzung der Kriegsschulden dächten im Augenblick nur Idealisten, deren Einfluß nicht groß sei. (Meinte Schacht sich hier selber?) Wenn Deutschland wenigstens einen Teil seiner Kolonien zurückerhalte, würde ihm und auch der übrigen Welt genügt.

# Kriegsrat der Schwänzer.

## Hugenberg unterwirft sich Hitlers Kommando.

Am Sonntag haben Vertreter der deutschnationalen Reichstagsfraktion und der Nazis in Berlin einen gemeinsamen Kriegsrat abgehalten und sich darüber unterhalten, wann sie wieder in den Reichstag zurückkehren sollen. Das Ergebnis der Geheimkonferenz war nach einer Mitteilung von deutschnationaler Seite „allgemeine Übereinstimmung in der Beurteilung der Lage und Einmütigkeit bezüglich der weiteren Maßnahmen“.

# Die Industriellen in Moskau



Die deutschen Industriellen: „Wer wird denn dort gefesselt abgeführt?“  
 „Ach, das sind ein paar Sozialdemokraten, die wir anklagen und demnächst erschießen werden.“ — Die Industriellen: „Bravo, hier gefällt es uns!“

# Labour im Flottenkampf.

## Fünf-Mächte-Pakt schließt Wettrüsten aus.

Paris, 2. März. (Eigenbericht.)

Die englischen Unterhändler haben den seit Jahren andauernden Flottenstreit zwischen Frankreich und Italien durch ein Dreiländerabkommen beendet. Sie sind am Montag nach London zurückgekehrt.

Vorläufig ist der genaue Inhalt des Abkommens, noch nicht bekannt. Es läßt sich jedoch schon aus der Schnelligkeit, mit der die endgültige Einigung erzielt werden konnte, schließen, daß an den ursprünglichen Forderungen keine einschneidenden Veränderungen vorgenommen worden sind. Frankreich wird sich also mit einer Flotte von 630 000 bis 640 000 Tonnen, Italien mit einer Flotte von 480 000 bis 500 000 Tonnen begnügen. Beide Länder haben sich gegenüber ihren noch auf der Condover Konferenz vertretenen Forderungen beträchtliche Abstriche gefallen lassen und haben das Wettrüsten wenigstens bis 1936 eingestellt. Der englischen Arbeiterregierung, die schon vor Jahresfrist die für unmöglich gehaltene Einigung mit Amerika erzielen konnte, ist es jetzt also auch gelungen, die beiden „lateinischen Schwefelkationen“ zur Abrüstung zu bekehren. Wenn auch einige überpatriotische Blätter in Paris gegen das Abkommen Sturm laufen, weil Irland darin angeblich wieder einmal „das nationale Interesse“ verstoßen haben soll, so zeigt sich doch die Mehrzahl der Blätter aufs höchste befriedigt.

Die Abrüstungspolitik der britischen Labourpartei hat zu einem neuen, großen Erfolge geführt. Alle früheren Regierungen waren daran gescheitert, den Rüstungsfrieden zur See abzuschließen: die einzige in Europa regierende Arbeiterpartei hat ihn zustande gebracht. Frankreich und Italien sind dem Dreimächtevertrag England-Amerika-Japan jetzt angeschlossen. Das Wettrüsten zwischen den fünf großen Seemächten ist bis 1936 und damit nach menschlichem Ermessen für die Dauer beendet und ein gewaltiger Stein des Anstoßes für die Weltabrüstungskonferenz 1931 aus dem Wege geräumt.

Der Erfolg für den Frieden zur See ist der politischen Initiative, dem Führungswillen der organisierten Arbeiterschaft entsprungen. Er vollendet zur See das Werk, das die britische Arbeiterpartei alsbald nach Beginn ihrer zweiten Regierungsperiode in die Hand nahm. Man erinnert sich noch, wie vor anderthalb Jahren Ramsay MacDonald als erster britischer Ministerpräsident über den Ozean fuhr und in persönlichen Verhandlungen mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten die Hemmnisse zerbrach, die alle früheren Regierungen verhindert hatten, dem Wettrüsten zur See, dem Kampf um die Suprematie auf den Weltmeeren ein Ende zu setzen. 1927 hatten England, Frankreich und Japan vergeblich versucht, dem Wettrüsten zwischen ihnen ein Ende zu machen; die englischen Konservativen gefährdeten ihr kriegserprobtes Land, weil sie sich von der Ideologie des jenseitig beherrschenden Albion nicht freimachen konnten. Die 1929 von der Labourpartei nach London einberufene Konferenz — sie begann unmittelbar nach der Haager Reparationskonferenz — führte zu einem Fünfmächtepakt für die Großkampfschiffe: mit Ausnahme von je 70 000 Tonnen für Frankreich und Italien wurde vereinbart, daß keine Ersatzbauten mehr für Großkampfschiffe begonnen werden sollten. Die Ungeheuer der Seeschlacht, die Dreadnoughts der Vorkriegszeit, die Superdreadnoughts des Weltkrieges sind seitdem zum Aussterben verurteilt. Die Periode der großen Seeschlachten ist seitdem zu Ende.

War das der Erfolg der Londoner Konferenz gewesen, so kam sie zu einem Teilerfolg, was die Kreuzer, Zerstörer und U-Boote anging. Hier gelang es MacDonalds zähem Vermittlungswillen nach monatelangem Kampf nur, das Wettrüsten zwischen den drei größten Seemächten auszuschließen: England und Amerika vereinbarten je 339 000 Tonnen, Japan 208 000 Tonnen Kreuzertonnage, ihre U-Boot-Ziffern wurden auf 53 000 Tonnen herabgedrückt. Frankreich aber und Italien waren zum Anschluß an diesen Dreimächtepakt nicht zu bewegen. Der Faschismus bestand auf der Parität mit Frankreich; das heißt, er wollte — da die französische Flotte auf dem Atlantik und dem Mittelmeer stationiert ist — durch den allgemeinen Gleichheitsanspruch die Heberlegenheit im Mittelmeer behaupten. Frankreich verweigerte sie und wollte einem Vertrage mit England nur gegen Zusicherungen auf dem Gebiet der Landrüstungen beitreten. Die Arbeiterregierung lehnte das ab und mußte deshalb in den Dreimächtevertrag

die „Sicherheitsklausel“ aufnehmen, die England die Aufrüstung erlaubte, falls Frankreich und Italien, die ungebunden blieben, mit der Durchführung ihrer Wettbauprogramme ernst machten. In U-Booten, Zerstörern und Kreuzern war der europäische Rüstungsfriede gescheitert.

Das vergangene Jahr war nun ausgefüllt vom Wettrüsten zwischen Frankreich und Italien. U-Boot nach U-Boot, 10 000- und 5000-Tonnen-Kreuzer nach Kreuzer wurden auf Stapel gelegt und die Veruche der britischen Arbeiterregierung, dem Wettrüsten der beiden, die den Dreimächtepakt gefährdeten, Einhalt zu tun scheiterten. Die französische Diplomatie fesselte die englische mit dem Köder einer möglichen späteren Zustimmung zum Dreimächtepakt an die französische Landabrüstungspolitik. Die Labourregierung gab ihr zähes Vermittlungsbemühen nicht auf, bis der Augenblick zur persönlichen Intervention des britischen Außenministers Henderson gekommen war. Er und der „Erste Lord der Admiralität“ Alexander führten nach Paris, verabredeten ein Kompromiß zwischen England und Frankreich, brachten es nach Rom und erhielten dort die Zustimmung Italiens.

Die englischen Minister hatten den günstigeren Augenblick erfaßt: die Weltwirtschaftskrise, die die Staatsfinanzen erschüttert, ist in die Rüstungspolitik eingebrochen. Italien, aber auch Frankreich drohte der finanzielle Atem auszugehen. Mussolini kommandierte seiner Presse Maul halten, gab bis 1936 den Gleichheitsanspruch auf und begnügte sich unter dem englischen Verhandlungsdruck mit einer Flotte von etwa 480 000 Tonnen; Frankreich steckte seine Tonnageforderung um über 100 000 Tonnen zurück und hat nun noch etwa 630 000 Tonnen Tonnage zugewilligt erhalten. In U-Booten, Kreuzern und Zerstörern hat der Rüstungswettbewerb nunmehr aufgehört; jede Marine weiß jetzt von der anderen, wieviel sie bauen wird. Das willfährige, den Frieden störende Wettrüsten ist zur See auf Jahre hinaus unterbunden.

Die erste Etappe ist erreicht: die Seebauprogramme sind heruntergesetzt, die Seerüstungen der fünf Seemächte sind begrenzt worden. Der Kampf um die zweite Etappe, die Beschränkung der Rüstungen, ist damit eröffnet.

Für Deutschland ist an dem Seerüstungsfrieden zweierlei wichtig. Es kann nunmehr auf dem Gebiete der Seerüstungen eine aktive Abrüstungspolitik beginnen. Nicht minder bedeutsam ist, daß mit dem Abschluß des Fünfmächtepaktes der Kreuzer, U-Boote und Zerstörer die französische Diplomatie das Mittel aus der Hand gelassen ist, die englische in Landrüstungsfragen auf ihrer Seite gegen Deutschland zu halten. Die englische Politik hat mit Entschiedenheit alle Gerüchte über Landrüstungszusagen an Frankreich dementiert; sie hat sich mit Recht darauf berufen, daß sie Frankreich mit der Vermittlung in Rom selber einen Dienst geleistet hat, und der Tage lang unverhüllte Aerger des französischen Nationalismus über das Verhandlungsergebnis zeigt, daß vertraglich oder sonstwie bindende Zusagen von der britischen Arbeiterregierung abgelehnt worden sind. Mit ihrem aus dem Geiste der Internationale entstandenen Seerüstungserfolg sind neue Chancen für eine deutsche Politik des Rüstungsfriedens auf dem Lande und in der Luft entstanden.

# England würdigt den Labour-Erfolg.

Rom, 2. März. (Eigenbericht.)

Die gesamte englische Presse spendet der Arbeiterregierung und ihrem Außenminister das höchste Lob über das Marineabkommen zwischen Frankreich, Italien und England und vor allem über die französisch-italienische Verständigung. Selbst das Blatt des Herrn Beaverbrook schreibt am Montag in seinem Leitartikel: „Bravo, Arbeiterregierung. Wie Parteien Großbritanniens lassen ihre häuslichen Streitigkeiten zurücktreten und vereinigen sich in ihrem Glückwunsch für die von MacDonald und Henderson auf dem delikatesten Gebiet der internationalen Politik vollbrachte Leistung.“

Trevelyan, der verdienstvolle englische Unterrichtsminister, ist zurückgetreten. Das Oberhaus hatte sein Schulgesetz abgelehnt. Zu der Mosley-Gruppe hatte er keine Beziehungen. Dees Smiths, früherer Dozent an der Londoner Handelshochschule, wurde zum Nachfolger ernannt.











# Was Berlin baute.

## Ergebnisse und Ausichten des Berliner Wohnungsbaues.

Im Rahmen der Ausstellung der Gehag im Architektenhaus in der Wilhelmstraße hielt Stadtrat Genosse Franz Czerninski einen Vortrag über „Ergebnisse und Ausichten des Berliner Wohnungsbaues“.

Es sei, so führte er aus, trotz größter Schwierigkeiten viel geleistet worden. Groß-Berlin habe in der Inflationszeit 32 000 Wohnungen neu bereitgestellt und von 1924 bis 1930 mit öffentlichen Mitteln 135 000 Wohnungen geschaffen. Diese Wohnungszahl reiche zur Aufnahme der Einwohner einer Stadt wie Osnabrück. Der Stadtbau sei leider gegenüber dem Hochbau zurückgeblieben. Die Großsiedlungen mit ihren Gemeinschaftsanlagen hätten dem Städtebild ein ganz neues Gepräge gegeben. Die Stadt habe über die ihr geleglich zustehenden Beträge zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Berlin habe sehr erhebliche Aufwendungen gemacht. 135 Millionen Mark seien für Verbilligung mobilisiert worden. 1 1/2 Millionen Mark habe man für zinsfreie Wohnungen für Kriegsblinde angewandt. Der Vormurf, Berlin habe am Bedarf vorbeigebaut, sei falsch. Ernst zu nehmende Zehntelungen hätten von 30 000 oder 12 000 leerstehenden Neubauwohnungen gesprochen. Tatsächlich betrage die Zahl 1444. Gegen die Wohnungsnot habe man wirksam gekämpft, das Wohnungselend in den Altwohnungen aber leider nicht beseitigen können. In den Baukosten siehe Berlin nicht an erster, sondern an zwölfter Stelle. Sein Baugewerbe und seine Bauarbeiter seien qualifiziert. Viel ärger sei die Höhe des Zinses. Die Verbilligung der Mittel aus Hauszinssteuern treffe Berlin schwer. Das Programm der Reichsregierung führe zu einer Drosselung der Bauwirtschaft und ließe schwere Schäden befürchten. Die Ausichten für den Baumarkt seien für 1931 unerschrecklich und trübe. Die Situation sei ernst, nur durch Kreditaufnahme könnten die Schwierigkeiten behoben werden. Das Wichtigste sei, daß aus dem Ausgleichsfonds Mittel zur Verfügung gestellt würden, sonst könne man die Lage nicht ernst genug beurteilen.

## Das neue Berlin!

Aus dem Briefe eines „Vormärts“-Lesers, der lange Zeit in Groß-Berlin gelebt hat, sei geräumter Zeit in einer unserer Wochenendstationen resümiert, sei folgendes zitiert:

„Wannsee-Zehlendorf-Dahlem. Was ist das für eine Stadt geworden! Und was könnte noch alles geschehen, wenn Geld dazu da wäre, um wenigstens einen Teil der armen Arbeitslosen mit Verbesserungen des Gesamtbildes zu beschäftigen. Die 5000 deut-

lichen Millionen müßten zu einer Reichsrezidenzsteuer herangezogen werden.“ Sehen wir von letzterem Gedanken ab, der bei dem bekannten sperrlichen Charakter unserer Millionen wohl keine Aussicht auf Durchführung hat, so liegt doch in den angeführten Zeilen der beste Beweis für die fabelhafte Wirkung, welche das moderne Berlin auf ein von der Kultur nicht ganz unbeeinflusstes Auge ausübt. Was schon verschiedentlich ausgesprochen, muß immer wiederholt werden: es ist eine Unterlassungsünde ersten Ranges, wenn Berlin nicht Gelegenheit nimmt, der übrigen Welt sein neues Gesicht zu zeigen. Man braucht nur zu denken, was in allen äußeren Teilen der Stadt an neuen Kulturwerten geschaffen wurde, um überzeugt zu sein, daß zum Beispiel eine bildliche Vorführung durch Film alle Bertleinerer Berlins zum Verkümmern bringen muß. Daß ein solcher Film auch für die Herbeiziehung der Fremden eine große Wirkung haben würde, steht wohl außer Zweifel. Es wäre eine Tat, wenn Berlin in diesem Sommer, der die Bauausstellung sieht, ein bleibendes Zeugnis seiner bisherigen Entwicklung ablegen würde.

## 2000 Lilien am Engelbecken.

### Ein neuer Sportplatz in Hohenschönhausen.

In Hohenschönhausen wird durch das Bezirksamt Mitte ein neuer 10 Hektar großer Sportplatz errichtet, der als Trainingsplatz gedacht ist und auch den Sportvereinen zur Verfügung gestellt werden wird. Die Arbeiten, mit denen bereits begonnen worden ist, werden mit Hilfe von Wohlfahrtsarbeitern vorgenommen.

Ferner lassen die Bezirke Mitte und Kreuzberg die gärtnerischen Anlagen im ehemaligen Luisenstädtischen Kanal jetzt ebenfalls mit Hilfe von Wohlfahrtsarbeitern fertigstellen. 2000 japanische Lilien umsäumen das Engelbecken und werden in diesem Sommer blühen. Das Kernstück der gesamten Anlage, das große Becken selbst, dürfte jedoch in seinem jetzigen unfertigen Zustand noch verbleiben, da die Mittel zu einer neuen Betonierung und zur Beschaffung der Pflanzen noch nicht bereitgestellt sind. Mit der Umgestaltung des Mariannenplatzes im Südosten Berlins wird dieser Tage begonnen. Das in der Mitte des Platzes stehende Denkmal des berühmten Mediziners Wilms soll in den Garten des gegenüberliegenden Bethanienkrankenhaus verlegt werden. Auch die Verlegung des Feuerwehrendenkmal wird erwogen, da es die Aussicht auf die Anlagen wesentlich beeinträchtigt.

## Zwischen zwei Männern.

### Liebhaber schießt den Ehemann nieder.

Ein blutiger Eifersuchtsstreit spielte sich gestern im Hause Jorndorfer Straße 57 ab.

Der 29jährige Arbeiter Kurt M. aus der Gubener Straße 5 hatte vor etwa zwei Jahren geheiratet, die Ehe war aber nicht glücklich, und die Scheidungsklage wurde kürzlich eingeleitet. Der Mann versuchte mehrfach eine Ausöhnung herbeizuführen, er hatte damit jedoch keinen Erfolg. Gestern suchte Frau M. ihre in der Jorndorfer Straße wohnende Mutter auf. In der Wohnung befand sich noch ein 27jähriger Bruno R., mit dem die junge Frau eng befreundet war. Als es kurze Zeit darauf kloppte und die junge Frau

ahnungslos öffnete, sah sie plötzlich ihren Mann vor sich, der ihr heimlich gefolgt war. M. stieß seine Frau beiseite und drang in die Wohnung ein. Zwischen den beiden Männern kam es zu einem erbitterten Handgemenge, in dessen Verlauf der Freund der Frau den jungen Ehemann durch mehrere Stiche lebensgefährlich verletzte. M. fand im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme, der Täter wurde festgenommen.

Offenbar in einem Anfall von Geistesgestörtheit schlug gestern der Arbeiter D. aus Spandau, Planlage 9, seine Frau Gertrud nieder und traktierte sie solange mit Fußtritten, bis sie bewußlos liegen blieb. Die Unglückliche wurde ins Spandauer Krankenhaus gebracht, wo sie bedenklich darniederliegt. Der Mann wurde festgenommen und wird vermutlich einer Anstalt überwiesen werden.

## Das Land der Analphabeten.

### 10 Millionen Russen können nicht lesen und nicht schreiben.

Moskau (über Kowno), 2. März.

Der Volkskommissar für Bildung, Bubnow, der ehemalige außerordentliche politische Kommissar der Roten Armee, hat in einer Rede in Moskau erklärt, daß der Kampf gegen das Analphabetentum sich seinem Ende nähert. Nach bisherigen Mitteilungen soll es in Rußland noch sieben bis zehn Millionen Leute geben, die nicht schreiben und lesen können. Die Einführung der allgemeinen Schulpflicht erfolgt am 1. Januar 1932. Die Sowjetregierung hat mehrere hundert Millionen Rubel für die Volksbildung zur Verfügung gestellt.

## Jugenderholungsschiff „Baldur“.

Die Gesellschaft für Erholungs- und Heimstätten „Grüne Heimat“ e. V. weist bei Beginn der Frühjahrsferien auf ihr im Jahre 1924 mit Unterstützung des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt, der Stadt Berlin sowie mehrerer öffentlicher Körperschaften errichtetes Jugenderholungsmotorschiff „Baldur“ erneut hin. Dank der vorbildlichen Inneneinrichtung dieses Motorkabinenschiffes ist es möglich gewesen, bisher weit über 250 000 Schulkinder und Jugendlichen und über 100 000 Erwachsenen zu außerordentlich billigen Fahrpreisen und Verpflegungsjagen die Wohlthat der Erholung in Luft, Sonne, Wasser und Wald, sowie die Kenntnisse der engeren und weiteren Heimat zu vermitteln. Wie der Amtliche Preussische PresseDienst mitteilt, legt die Gesellschaft für Erholungs- und Heimstätten „Grüne Heimat“, Berlin W. 9, Vintstr. 21, Wert darauf, schon jetzt die Verbindung mit allen denjenigen Kreisen und Organisationen, die im Laufe des Jahres geschlossene Fahrten mit dem „Baldur“ machen wollen, zwecks Aufstellung eines Fahrtenplans aufzunehmen. In Rücksicht auf die allgemeine Wirtschafts- und Finanznot wird es leider nicht möglich sein, den Wohlfahrtsanstalten das Schiff „Baldur“ — wie bisher — kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Vermißt wird seit dem 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, die 35jährige nervenkrante Johanne Voigt, Charlottenburg, Krumme Straße 87 l. bei Bohlmann. Die Vermisste, mittelblond und mit naturbraunem Bobitopf, ist 1,70 Meter groß, schlank, bekleidet mit dunkelbraunem Mantel, dunkelblauem Kleid, hellen Strümpfen und Schuhen. Nachricht erbittet Frau Bohlmann, Charlottenburg, Krumme Straße 87 l.

Das Restaurant „Blaue Grotte“ in Röntgental ist, wie uns berichtet wird, kein kommunistisches Verkehrslokal. Die „Blaue Grotte“ ist die einzige Kaffeehütte, die in der Ortschaft über einen großen Saal verfügt. Der Saal ist allen Vereinen und politischen Parteien zur Verfügung steht. Erst am letzten Sonntag war der Saal vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu einer großen Kundgebung gemietet worden.

„Welche Forderungen ergeben sich aus der menschlichen Erlebe und Eugenik für die persönliche Lebensgestaltung?“ Ueber dieses Thema wird Professor Hermann Ruckemann in einem von den Frauengruppen für soziale Arbeit veranstalteten Sozialen Abend am Mittwoch, dem 4. März 1931, 20 Uhr, im Vestalozzi-Häuselhaus 1, Karl-Schradler-Straße 7/8, sprechen.

er von der Nation verkannt war. Das Ideal der Menschlichkeit beherrschte dauernd sein ganzes Leben. Es trieb ihn besonders während des Krieges, trotz aller persönlichen Hemmnisse und Gefahren für den Frieden zu kämpfen, und diese Aufgabe erfüllte ihn ganz und gar. Darum gründete er mit Gleichgesinnten den Bund Neues Vaterland, der Kriegsgelag für Menschenrechte. Seine Bemühungen, während des Krieges bereits 1915 den Frieden zu erstreben, waren leider erfolglos. Würmstes Milieupfinden für alles Lebende und alles Leidende machte ihn zum außergewöhnlich erfolgreichen Tierfreund. Otto Lehmann-Rußbüdt schilderte die Bemühungen Tepper-Laskis 1915 bei der Begegnung mit englischen Friedensfreunden in Haag und die Anbahnung eines Verständigungsfriedens. — Lilla Durieux rezitierte Verse Heinrich Heines, des Lieblingsdichters des Verstorbenen. Das Brunier-Quartett umrahmte die schlichte Feier mit Mendelssohn'scher und Mozart'scher Musik.

## Spielklub im Gerichtssaal.

### Zwei große Spielerprozesse in Moabit.

Moabit steht heute im Zeichen zweier großer Spielerprozesse, wie sie in früheren Jahren sehr häufig verhandelt wurden. Im großen Schwurgerichtssaal präsierte heute die Sonderabteilung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Macard die Frage, ob Escarlé als Glücksspiel zu bewerten und zu verbieten sei. Zur Verhandlung hatten sich ungeheure Massen von Spielern eingefunden, die den Hörsaalraum im Handumdrehen bis auf den letzten Platz füllten.

Von der heutigen Verhandlung wird es abhängen, ob die bisherige Praxis der Polizei, sämtliche Escarléklubs zu verbieten, aufrechterhalten werden kann. Angeklagt sind in dem einen Prozeß der Kaufmann Kurt Borchardt als Spielunternehmer der „Geselligen Vereinigung am Zoo“ in den Räumen Kantstraße 8, und in dem zweiten Prozeß Freiherr Schenk v. Schmittburg als Spielunternehmer und der Kaufmann Erich Bernstein als Spielleiter der „Geselligen Vereinigung Kurfürstendamm 1936“ in den Räumen Kurfürststraße 12. Der Angeklagte v. Schmittburg wird auch noch beschuldigt, das Glücksspiel gewerbmäßig gebudelt zu haben. Die Polizei hatte im September vorigen Jahres beide Spielklubs a u f g e h o b e n und die Spielgeräte und Spielgelder beschlagnahmt. Das Spiel wird mit 32 Karten gespielt. Jeder Spieler muß sehen, mit den fünf Karten, die er erhält, mindestens drei Stiche zu machen, um zu gewinnen.

Im Laufe der Verhandlung wurde die Frage aufgeworfen, ob beim Escarlé bluffen möglich sei. Der Angeklagte Borchardt bestritt das, weil die Polizeibeamten dauernd das Spiel kontrolliert und sich auch an den Beratungen der Spieler beteiligt hätten. Sehr drastisch schilderte er, wie der Klub ausgehoben worden sei. Man sei gerade bei der Beratung gewesen, an der auch Beamte teilnahmen, als plötzlich sieben bis acht Kriminalbeamte eingedrungen wären und unter dem Ruf: „H ä n d e h o h“ Spielgelder und Spielgeräte beschlagnahmt hätten. Um die Frage des Bluffens zu klären, wurde dann am Gerichtstisch ein Escarléspiel gemacht. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Macard, und die Richter und Schöffen auf der einen Seite und der Angeklagte Borchardt und die Rechtsanwältin Dr. Julius Meyer I und Dr. Arthur Feld sowie die übrigen Angeklagten auf der anderen Seite machten die einzelnen Stiche. Es entstand dadurch ein großes Hin und Her, so daß sich schließlich gar nicht entscheiden ließ, wer überhaupt gewonnen habe. Auf die Vernehmung von Sachverständigen wurde verzichtet, da der Vorsitzende der Meinung war, daß er, der Staatsanwalt und die Verteidiger, die schon an so vielen Spielerprozessen mitgewirkt hätten, selbst sachverständig genug seien.

## Ueberfall auf Ideal-Baugenossenschaft.

### Durch die Geistesgegenwart eines Angestellten vereitelt.

Ein dreifacher Ueberfall wurde gegen 20 1/2 Uhr auf die Büroräume der Ideal-Baugenossenschaft in der Hannemannstraße 38 in Brix verübt. Drei Maskierte, die in einem Auto vorgefahren waren, drangen in die Räume und bielten das Personal mit schußbereiten Waffen in Schach. Dann verlangten sie die Herausgabe des Kassenbestandes. In diesem Augenblick wollte ein Angestellter, der in einem Nebenzimmer weilte, den Raum betreten. Der Mann übernahm sofort die Situation, lief hinaus und alarmierte telefonisch das Ueberfallkommando. Als die Banditen dadurch ihre Festnahme befürchten mußten, flüchteten sie und fuhren in rasender Fahrt davon.

## „Hände hoch“ in der Vordstraße.

Ein dreifacher Raubüberfall, der nur dank der Geistesgegenwart der Betroffenen mißglückte, wurde am Montagnachmittag gegen 4 Uhr in der Vordstraße verübt. Das Haus Nr. 53 gehört einem Kaufmann in Warschau und wird verwaltet von dem Kaufmann D. Rosenbergs. Der Förster des Hauses in der Vordstraße, der Pensionär Antonit, hatte bereits die Mieten kassiert. Am Montagnachmittag kam Rosenbergs wie immer, um das Geld in Empfang zu nehmen. In der Försternwohnung waren außer ihm Frau Antonit und ihr Sohn anwesend. Während man das Geld nachzählte, wurde plötzlich die Tür aufgerissen. Zwei junge Burschen betraten das Zimmer und schrien die Anwesenden an: „Hände hoch!“ Trotz des großen Schreckens ließen sich die Leute aber nicht einschüchtern, sondern riefen laut um Hilfe. Der Kaufmann Rosenbergs ergriff den ersten besten Gegenstand und warf ihn durch die Scheiben des zum Hofe führenden Fensters. Die Räuber, die befürchteten mochten, daß durch den Lärm Hausbewohner angelockt werden würden, stürmten aus der Tür hinaus, ohne einen Pfennig erbeutet zu haben, und entkamen.

## Bade mit Luft schon im April!

### Freibad Müggelsee öffnet bereits am 1. April.

Bereits am 1. April wird das Strandbad Müggelsee seine Pforten öffnen, um seinen Besuchern Gelegenheit zu geben, schon zu diesem frühen Termin Luft- und Sonnenbäder zu nehmen. Zur Zeit wird mit Hochdruck an der weiteren Ausgestaltung des Bades gearbeitet. Die Forstverwaltung hat dem Bad ein 150 Meter langes und 75 Meter breites Freigelände zur Verfügung gestellt, auf dem zwei große Tennisplätze und ein Kinder-Spielplatz mit Karussell errichtet werden. Ferner werden neue gärtnerische Anpflanzungen vorgenommen und überall Bänke zum Ausruhen aufgestellt. Die übrigen städtischen Bäder, wie Grünau, Wendenfischlag, Seebad Friedrichshagen uim., werden laut Magistratsbeschluss erst am 1. Juni eröffnet werden.

heute Rundfunkvortrag: „Presselektent und Journalist.“ Vor dem Berliner Sender unterhalten sich heute um 18.35 Uhr der Presseschef der Berliner Polizei Dr. Hausbach und M. M. Gehrke über das Thema „Presselektent und Journalist.“

# Funkwinkel.

Mit dem Ruf nach Frieden endet das Hörspiel „Die Lotenfleier“ des bayerischen Dichters Leo Weismantel. Warum Krieg? Warum Zerstörung? Warum nicht aufbauende Arbeit an der menschlichen Gesellschaft? So das Leitmotiv der Dichtung, die am Sonntagabend im Berliner Sender die Uraufführung erlebte. Nach einem matten, sehr im Deklamatorischen verhafteten Anfang steigert sich das Werk zu starker und erschütternder Wirkung. Im Verlauf des Spiels gewinnt die Sprache an Ausdruckskraft und Bildhaftigkeit. Der sakrale, wichtige Rhythmus wird dem Ende zu geschmeidiger und vibrierender. Die Räuter klopfen an. Die Loten, die im Weltkrieg sieden, sprechen, verteidigen sich. Wofür starben sie? Diese Frage wird nicht beantwortet, obgleich sich zwei scharf entgegengesetzte Anschauungen gegenüberstehen, und so löst Weismantel das Problem mit dem Ruf nach Befriedung der Welt. Eine gradlinige, groß entworfene Komposition mit stilisiertem, über die Wirklichkeit erhobenen Vorgängen. Eine Dichtung, die keine tatsächlichen Situationen bietet, die nur Fragen stellt oder andeutet. Aber sie zeigt die Abkehr vom Kriege, sie predigt Verstehen und Menschlichkeit, und sie steht schon in rein sprachlicher Beziehung über dem Durchschnitt des Hörspiels. Im Gegensatz zu der Getragenheit der Sprache stellt sich die Musik mit ihren jubelnden Dissonanzen. Vielleicht handelt es sich hier um einen beabsichtigten Gegensatz, der jedoch vom Hörer manchmal peinlich empfunden wird. Alfred Brauns Regie unterficht anfangs zu betont des Pathos und gerät ins Schleppen, erreicht aber am Schluß dramatisch packende Höhepunkte. Vor allem sorgt Braun für eine klare und durchdrachte Behandlung des Wortes. Ueberregend die Leistung Rita Grünings. F. Sch.

Der „Rückblick auf Platten“ auf Ereignisse im Februar brachte in letzten Abschnitt Aufnahmen von Reichstagsitzungen, Ausschnitte, die charakteristische Momente festgehalten hatten, nicht Großaufnahmen berühmter Namen und dekorativer Belanglosigkeiten. Da die Zuhörer leider nicht mit Hilfe des Mikrophons direkt an wichtigen Sitzungen teilnehmen dürfen, wäre es sehr zu wünschen, wenn Plattenaufnahmen davon, in größerem Ausmaß als es diesmal geschah — regelmäßig vorgeführt würden. Die Auszugsmotiv der nationalsozialistischen Truppe, die das deutsche Volk finanzieren muß, konnte es nun wenigstens in einer Tonphotographie miterleben. In wenigen Minuten wurde dadurch ein höchst aufschlußreiches Bild vermittelt. — „Wie schreiben Sie ihre Stücke?“ wurde Louis Verneuil in einem Interview von Paul Nikolaus gefragt. Verneuil antwortete klug und witzig mit einem Bericht über seine Erfahrungen als erfolgreicher Dramatiker und gab Einblicke in die Bühnentechnik. Mit großer Bosheit charakterisierte und karikierte er die gegenwärtige Uebermacht der Regie über die sozuzulagen nebensächlich gewordenen Bühnenaufnahmen. — Im „Programm der aktuellen Abteilung“ sprach Dr. Lenthoff über den „Gesundheitspakt“, dessen Einführung zu mancherlei Bedenken Anlaß gegeben hat. Er betonte, daß es sich dabei nur um ein „Gesundheitsstammbuch“ handelt, und es stets jedem freigestellt bleiben müsse, ob er es führen wolle. Auf keinen Fall dürfe der Gesundheitspakt von Arbeitsschenden den Arbeitgebern vorgelegt oder gar von diesen zur Einführung verlangt werden. Solche Verwendung würde ihn vollständig entwerten, da dann in diesem Pak natürlich nicht ein richtiges, sondern ein möglichst günstiges Konstitutionsbild von den meisten Inhabern erstrebt werden würde. Tea.











# Kulturdebatte im Reichstag.

## Rede des Genossen Schred. — Volks- und Wirtschaftspartei wünschen Verfassungsänderung.

Im Reichstag begann am gestrigen Montagnachmittag die zweite Beratung des Haushalts für das Reichsministerium des Innern mit einer Rede des

Abg. Dr. Schreiber (S.): Er weist die Hege der Rechten, so des deutschnationalen Abg. Doehring im Sportpalast, gegen den Katholizismus zurück, dem man die Reichsregierung an die Kack-schöbe hänge. Mit dieser Hege ist das Eintreten Hugensbergs und anderer für die Autorität nicht zu vereinbaren. Wer das Protektariat dem Staat entfremdet, erschüttert die Grundlagen des Staates.

Daher sollte man nicht den „Marrismus“ zum politischen Schlagwort machen, sondern zwischen positiver und negativer Stellung zum Staat unterscheiden.

Die den Saal hier fluchtartig verlassen, haben kein Recht, vergessen zu machen, daß große Teile der deutschen Arbeiterschaft die verantwortungsvolle Politik des Wiederaufbaus mitgemacht haben. Es kommt heute nicht so sehr darauf an, Kampfrufe für die literarisch-künstlerische Freiheit auszusprechen, als dem Mißbrauch dieser Freiheit zu steuern. Der Redner spricht dann gegen die kommunistische Agitation. Unter lärmenden Gegenrufen der Kommunisten verlangt der Redner

staatliches Eingreifen gegen kommunistische Kirchenhege und droht mit Richtverlängerung des Rapallo-Vertrages bei Fortsetzung dieser rassistischen Invasions. Gewisse Reparaturen an der Reichsverfassung werden notwendig sein, vor allem muß die Regierung stabilisiert werden. Das Parlament muß den Mut zu größerer Verantwortung haben, um Notverordnungen überflüssig zu machen und dadurch sein Ansehen zu befestigen.

### Abg. Schred-Bielefeld (Soz.):

In dieser Zeit der Not und der Zerfahrenheit muß zur öffentlichen Wohlfahrtspflege die aktive persönliche Hilfe treten, aber nur, wenn eine starke Sozialdemokratie an der Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse mitwirkt, ist die Garantie dafür gegeben, daß so verfahren wird und der politische Irrsinn herabgemindert wird, der jetzt im Lande kein Unwesen treibt.

Politik und Kultur gehören zusammen, die Schädigung der Kultur bedroht die Grundlagen des Staates. In der letzten Zeit ist der Ruf nach Führern laut geworden und besonders auch im Lager der bürgerlichen Mitte. Es berührt aber

eigenartig, erst jemand zum Führer zu bestimmen, der die Reichsleitung in die Hand nimmt und hinterher ihm die Gefolgschaft zu verweigern, namentlich dann, wenn dieser erkorene Führer zur Ueberzeugung gekommen ist, daß die Verfassung trotz allem, was man an ihr aussuchen hat, doch die realen Machtverhältnisse bezeichnet.

In demselben Augenblick sehen wir viele, die diesen Führer ertoren haben, unzufrieden werden, wenn sie an die seit zwölf Jahren so stetige preussische Politik denken. Diese stetige Politik Preußens ist ein Beweis dafür, daß aus der Tiefe des Volkes Führer emporgeliegen sind, die nicht nur den Interessen ihrer eigenen Partei Rechnung tragen, sondern im Gesamtinteresse des Staates ihre Pflicht erfüllen. Wir danken unseren Freunden, die sich um die Führung Preußens so hohe politische Verdienste erworben haben, und wir würden es durchaus begrüßen, wenn auch in der deutschen Republik diese Festigkeit der Führung vorhanden wäre. Wir sind überzeugt, daß unentschiedene Haltung nur dazu beitragen würde, die zerstreuten Kräfte zu fördern, während im Gegenteil eine entschiedene Haltung ein Kraftzentrum im Innern schafft und nach außen hin das deutsche Ansehen fördert. Demgegenüber fällt

die kleinliche Politik, die in den Ländern Thüringen und Braunschweig beliebt wird,

ganz ab. Wenn dort Minister mit der Wahrheit auf gesponnenem Fuße leben, wenn sie Polizeibeamte an der Ausführung ihres pflichtgemäßen Eintretens für die staatliche Autorität hindern, wenn sie kulturelle Einrichtungen abbauen, so ist all das im Gegensatz zu einer Politik, die im Interesse der deutschen Republik und des deutschen Ansehens liegt. Auch die Wahlen in Braunschweig geben eine Bestätigung dafür, daß mit der ständig wachsenden Selbstbestimmung auch die Kraft der politischen Selbstbestimmung wächst. (Höhnliche Juruse der Kommunisten.) Die Schlagkraft der Arbeiterklasse wird nicht dadurch gefördert, daß

die sogenannten Kommunisten nichts anderes tun, als die Arbeiterklasse uneinig zu machen, und mit einem großen Mundwerk vorzutäuschen, als ob sie etwas von Wirtschaft und Politik verständen,

während sie in Wahrheit gar nichts wissen. (Sehr wahr!) Die Deutsche Volkspartei tut jetzt so, als ob sie die Reichsreform besonders stark vorwärtsbringen wolle. Da erinnern wir daran, daß die Sozialdemokratie nicht erst in der Nachkriegszeit, sondern schon von jeher sich für die Sammlung der Kräfte im Reich eingesetzt hat. Neben Bismarck war es der Jude Ferdinand Lassalle, der schon vor Jahrzehnten dieses Programm verkündet hat — und wir alle leihen — als einer Vorbedingung für die Vereinigten Staaten von Europa. Wie aber hat man uns Sozialdemokraten verpöthet, weil wir an diesen großen Ideen festgehalten haben! Wir sind überzeugt, daß die

Voraussetzungen für ein starkes deutsches Volkstum nicht dadurch begünstigt werden, wenn man immer wieder betont, die Verfassung hätte verschiedene Mängel.

Auch dem Wahlrecht wird das nachgesagt. Aber es ist eine Bedingung zur Zusammenfassung der Volksträfte, daß kein Volksteil das Gefühl haben kann, durch die Verfassung und das Wahlrecht irgendwie zurückgesetzt und entrechtet zu sein. Gerade für die Heranziehung der Jugend zur staatsbürgerlichen Gesinnung ist das von der größten Wichtigkeit, und ohne die Jugend werden wir dieses Ziel nicht erreichen können. (Sehr wahr!) Darum sollten unsere Studenten an den höheren und Hochschulen mit der Verfassung, dem Wesen und dem Sinn der Demokratie vertraut gemacht werden. Geschiehe das in ausreichendem Maße, dann würden sie sich nicht das Hakenkreuz zum Abzeichen wählen. Gerade in dieser Zeit, wo ungeheure Scharen von Erwerbslosen aus der Arbeit herausgerissen sind, sollten Reich und Länder in Verbindung mit den großen Kulturorganisationen auch der Arbeiterschaft sich diese Schulung der Jugend in ihrem eigensten Interesse angelegen sein lassen und auf diese Weise

dazu beitragen, daß diese jungen Menschen die Hoffnung an sich selbst und an ihrer Zukunft nicht verlieren.

Der kommunistischen Agitation ist entgegenzuhalten, daß nur der eine bessere Zukunft gestalten kann, der durch Teilnahme an den Aufgaben der Gegenwart die Kräfte dafür in sich entwickelt. Nur die verderbliche Wirkung der Fernhaltung und des Abseitsstehens vom heutigen Staat hat dazu führen können, daß politische Ganz- und Halbdilettanten zu Volksvertretern gewählt werden. (Heiterkeit.) Der Reichsleiter, der aus der Auflösung und Zerfegung unseres Volkes kommt, darf nicht überhört werden, es muß durch Förderung der großen Kulturarbeit, die die Arbeiterorganisationen leisten, die Selbsthilfe der werktätigen Massen ermöglicht werden. Gerade in dieser Zeit dürfen die Kulturfonds nicht vermindert und muß bei ihrer Vermehrung absolute Parität angewendet werden. Das freie Wort muß geschützt.

den Arbeiterjugend materiell gefördert werden. Auch die Arbeiterjugendorganisation verdient für ihr umfassendes kulturelles Streben Anerkennung, ebenso wie die Arbeitersportorganisationen und Kulturreize der Unterführung vollauf würdig sind.

Wir verlangen, daß der Rundfunk großzügig gefördert und von allem Kleinlichen Getöse freigehalten wird. Warum soll der Deutsche nicht ertragen können, daß ihm eine andere Meinung als die feingee vorgetragen werde. Dabei ist er vor dem Kadav jener Leute, die in Verammlungen und auch hier (zu den Kommunisten, die fortgesetzt Zwischenrufe machen) eine andere Meinung nicht ruhig anhören können, geschützt, und außerdem kann er, wenn es ihm nicht paßt, den Hörer hinlegen. Nur durch Toleranz kann der Rundfunk wirklich in den Dienst der kulturellen Volkserziehung gestellt werden. (Sehr richtig! links.) Wenn mein Vordränger Schutz gegen den Kulturbolschewismus verlangt, so liegt die beste Abwehr gegen vergiftende Hege in dem moralischen Aufbau. Aber täuschen wir uns nicht darüber, daß das Anwachsen des sogenannten Kulturbolschewismus auch darauf zurückzuführen ist, daß

im Bürgertum eine ungeheure Zerfegung besteht; sie äußert sich zum Beispiel in der Unterwürfigkeit unter die hakenkreuzlerliche Demagogie

und in der unqualifizierten Kampfesweise bürgerlicher Richtungen untereinander. Gegen die persönliche Kampfesweise im politischen Leben, in der Presse und in Verammlungen müßte überhaupt Front gemacht werden. Schließlich trägt die Kirche auch selbst nicht geringe Schuld an den antisemitischen Bestrebungen dadurch, daß sie die von der Kirche Abgefallenen als moralisch minderwertig hinstellt, zum Beispiel ihnen die Sakramente verweigert und dergleichen mehr.

Ganz unbegreiflich ist das Verbot des Triickfilms vom dritten Reich und

auf das schärfste verurteilen wir auch das Verbot des Films „Im Westen nichts Neues“.

Wir können uns des Verdachtes nicht erwehren, daß diese Kammer der Oberprüfstelle nicht ordnungsmäßig zusammengesetzt war. Die Presse hat man nicht zugelassen, weil sie angeblich über die Verhandlung vor der ersten Instanz nicht objektiv berichtet habe! In Wahrheit ist das Verbot eine Verbeugung vor dem Gassenterror, gegen den die Staatsgewalt sich nicht durchgesetzt hat. Man behauptet, daß der Film das deutsche Ansehen schädige, aber wohl niemals ist durch einen Film das deutsche Ansehen so geschädigt worden, wie durch dieses Verbot. (Sehr wahr!) Himmelsstöße hat es in allen Armeen gegeben, nicht nur in der deutschen. In seiner großzügigen Anlage und seiner nackten Wahrhaftigkeit kann aber dieser Film nur Sympathien für die deutschen Weltkriegssoldaten im Ausland werben. Man hat daran Anstoß genommen, daß junge Soldaten die Nerven verlieren, zu weinen anfangen und nach der Mutter rufen. Wer sich darüber entrüstet, der weiß entweder nicht, daß solche Ausprägungen der Angst und des Schreckens auch im bürgerlichen Leben vorkommen, oder er ist ein Heuchler. (Sehr gut! links.) Der Reichsinnenminister sollte dahin wirken, daß wahrheitsgemäße Gutachten vorgelegt werden, die zu einer Aufhebung des Verbotes führen; er kann das um so mehr tun, als die Zentrumspresse von dem Verbot stark abgerichtet ist.

Zehntausende Deutsche, die an den Grenzen wohnen, fahren ins Ausland, um diesen Film zu sehen

und lassen deutsches Geld dort. Gerade dieser Film und ähnliche,

die ihm vielleicht folgen, müßten der deutschen Jugend vorgeführt werden, damit sie das fürchterliche Elend des Krieges auf diese unblutige Weise kennenlernt.

Wir legen uns nach wie vor dafür ein, daß die kulturellen Aufgaben des Reiches unvermindert erfüllt werden, und daß jede Meinung und jede kulturelle Bestrebung den Schutz der Verfassung genießt, daß aber

auch jeder die Kraft des Staates zu fühlen bekommt, der glaubt, gegen diesen Staat mit Gewalt vorgehen zu können.

Kulturelle und menschliche Solidarität und die Kraft der Ideen, von deren Richtigkeit wir überzeugt sind, wird unser Volk zum Glück des Sozialismus führen! (Lebhafter Beifall der Soz.)

Abg. v. Kardorff (D. Rp.) bezeichnet es als den größten Schwundel, wenn die Nationalsozialisten und deutschnationalen ihren Auszug damit begründen, daß sie mundtot gemacht worden seien. Er verliest dann zahlreiche unparteiliche und beleidigende Ausdrücke aus der letzten Reichstagsrede des Abg. Dr. Frank II., um zu beweisen, daß die Nationalsozialisten von dem Präsidenten Löbe mit weitgehendster Rücksicht behandelt worden sind. Es war vielleicht richtig, daß Präsident Löbe nicht mit Disziplinarstrafen vorgegangen ist, er ist nun mal ein kinderliebender Herr. (Heiterkeit.) Aber wir werden uns überlegen müssen, ob wir nicht, falls die Herren zurückkehren sollten, gegen solche Beschimpfungen wieder mit Strenge vorgehen sollten. Wenn erst ein paarmal in solchen Fällen der Ausschluß erfolgt, dann wird ein besserer Ton im Parlament wieder auskommen. Wir bedauern, daß durch das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit fast jeder Fortschritt in der Weimarer Verfassung verbannt ist.

Wir wollen, daß der Reichspräsident gleichzeitig preussischer Staatspräsident wird und daß das Wahlalter heraufgehoben wird.

Wir brauchen auch eine Zweite Kammer, die durchaus keine reaktionäre Einrichtung zu sein braucht. Wir brauchen eine Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten in der Richtung, daß die Regierungsmacht stabiler wird. Die Art und Weise, wie die preussischen Landratsämter besetzt werden, führt dazu, daß in Ostpreußen die Verwaltung vollständig stockt. Beim Remarque-Film teile ich die Gründe, die den Minister bewegen haben, gegen die öffentliche Vorführung aufzutreten. Ein zu weitgehender Nazifismus kann in unserem Volke leicht den letzten Wehwillen erlösen. Schließlich ist auch die Ruhe und Ordnung auf der Straße mehr wert, als die Frage, ob dieser oder jener Film gezeigt wird. (Zurufe links: Wo doch Verbeugung vor der Straße!) Wir ist eine strenge Zensur sympathischer, als die Zensur durch den Terror der Straße. Wir legen ja auch auf den Sprechblöhen, wie sich eine Schmutzwelle über unser Volk ergießt. Ein Stück wie „Das schwache Geschlecht“ ist das Schamloseste, was ich je auf der Bühne gesehen habe. Wir werden die Regierung in der Abwehr der Bürgerkriegsbestrebungen unterstützen.

Von den Sozialdemokraten ist eine Entschlieung eingegangen, die verlangt, daß alle Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, die zur Ausübung ihrer Obliegenheiten als Reichstagsmitglieder beruorwählt sind, zum Dienst herangezogen werden, sofern sie ihre Obliegenheiten als Abgeordnete nicht erfüllen.

Abg. Pehold (Sp.) betont, daß er am Remarque-Film nichts gefunden hat, was das Verbot verlangt, daß aber die Staatsautorität fordert, ein einmal ausgesprochenes Verbot auch anzuerkennen. Das Verbot des sozialdemokratischen Triickfilms ist angesichts der politischen Hochspannung zu verstehen. Zu bedauern ist, daß ein Reichsschutzesetz zur Zeit nicht geschaffen werden kann.

Eine Wahlreform ist unannehmbar, wenn sie nicht auch die Erhöhung des Wahlalters bringt.

Auf die Technische Nothilfe kann angesichts der Kämpfe in der Arbeiterschaft immer noch nicht verzichtet werden.

Abg. D. Mumm (Christl.-Soz.) spricht unter lebhaften Gegenrufen der Kommunisten der Polizei Dank aus für ihre selbstlos-opfernde Haltung bei Straßendemonstrationen, besonders linksradikaler. Er wünscht ebensolche kirchlichen Verfassungsänderungen wie Abg. v. Kardorff und Schutz der kirchlichen Feiertage. Ausländische Filme, die das deutsche Ansehen schädigen, sollten auch nach Ausmerzung dieser Stellen für die Vorführung in Deutschland nicht zugelassen werden.

Der Redner verliest Berichte über die Kirchenverfolgung in Rußland und hält den protestierenden Kommunisten entgegen, daß sie seine früheren Angaben darüber nicht widerlegen konnten.

Abg. Dr. Käly (Staatsp.) verlangt Aufrechterhaltung der Staatsautorität unter Hinweis auf die täglichen Verammlungs-schlachten. Als er von denen spricht, die Gott sei Dank den Reichstag verlassen haben, ruft ein vorlauter Kommunist: „Wir gehen auch bald!“ Andere Kommunisten fallen rufend ein, um diesen über-eilten Ausruf vergessen zu machen.

Die Reichsreform bezeichnet der Redner als eine Frage des Volkens, die Eigenstaatlichkeit der Länder als ein Überbleibsel der monarchischen Zeit.

Den Remarque-Film hätte er nicht verboten, wenn es auch befremde, daß der Dichter die ihn so beherrschenden Ergebnisse der Verfilmung preisgegeben habe. Wenn aber die Gasse Zensur ausüben kann, so wäre es aus mit Deutschland als Kulturstaat.

Gegen 19 Uhr verläßt das Haus die Weiterberatung auf heute, Dienstag, 15 Uhr; vorher Abstimmungen zum Landwirtschaftsetat und sozialdemokratischer Antrag betr. Gefrierfleischimport.

bringen wir eine neue Zigarette  
**ENVER BEY VALUTA**  
 Einheitspackung **30** dick und rund %M.  
 die trotz Billigkeit jeden anspruchsvollen Raucher befriedigen wird



# Herr Schacht als Anfläger.

## Gegen den „Marxismus“, gegen Reichsregierungen und — den Kapitalismus!

Herrn Schachts neues Buch „Das Ende der Reparationen“, das Herrn Hugenberg zuerst zur „Berwertung“ überlassen wurde, ist jetzt auch für die öffentliche Bepfischung frei.

Feuilletonistisch bearbeitete Lebensbeschreibungen historischer Persönlichkeiten sind die große literarische Mode unserer Zeit. Wenn nach 30 bis 40 Jahren noch einmal eine solche Mode entstehen wird, so wird ein künftiger Emil Ludwig schwerlich eine verlockendere Aufgabe als die Lebensbeschreibung von Herrn Schacht haben. Nicht deshalb, weil man Herrn Schacht als eine große Persönlichkeit einschätzen würde; man wird vielmehr mit großer Mühe und vielleicht vergeblich nach den Gründen suchen, warum dieser Mann eine Zeitlang eine so große Rolle in der deutschen Politik spielen konnte. Die Persönlichkeit von Schacht wird aber wegen ihrer Wandlungsfähigkeit und Unberechenbarkeit zweifelsohne einen sehr dankbaren Stoff für ein historisches Feuilleton bieten. Wir müssen uns heute mit Herrn Schacht unter anderen Gesichtspunkten befassen — momentan vor allem im Zusammenhang mit seinem neuen Buch „Das Ende der Reparationen“. Es ist aber auch in diesem Zusammenhang notwendig, aus der Vergangenheit von Herrn Schacht

### einiges noch einmal in Erinnerung zu bringen.

Herr Schacht hat dem „Lokal-Anzeiger“ sein Buch zum Vorabdruck einiger Partien zur Verfügung gestellt, was für seine gegenwärtige politische Einstellung kennzeichnend ist. Er hält es auch für geschmackvoll, sich in seinem Buch des Jargons der Hugenberg- und der nationalsozialistischen Presse zu bedienen und alles, was ihm nicht gefällt, als „marxistisch“ zu bezeichnen und als die Schuld des „marxistischen Systems“ darzustellen. Dieses System habe das ganze Unglück Deutschlands in der Nachkriegszeit verschuldet. „Die innerpolitische Folge des verlorenen Krieges — erzählt Herr Schacht (S. 176) — war, daß durch die Revolution vom November 1918 eine Parteiemacht ans Ruder geriet, die in keiner Weise auf die Verteidigung der national-wirtschaftlichen Interessen eingestellt war, sondern zunächst den engen Triumph ausstiftete, ihre sozialen Vorurteile, von denen sie das Bild der Menschheit erhoffte, durch die Ergreifung der innerpolitischen Macht in Deutschland verwirklichen zu können.“ Es ist aber nicht gelungen, diese Theorie zu verwirklichen. „Die Träume von der Verstaatlichung der Produktion, die in den Köpfen der sozialistischen Theoretiker spukten, wurden schon in den allerersten Monaten nach der Revolution zu Wasser.“

Es ist nicht unsere Absicht, hier die Geschichte der Revolutionsperiode zu untersuchen. Nach diesen Bemerkungen von Herrn Schacht ist aber die Frage berechtigt: Was tat Herr Schacht in der damaligen Zeit? Welche Weisheiten konnte man von seiner warnenden Stimme vernahmen?

Die Frage ist ganz leicht zu beantworten, weil „Dr. Hjalmar Schacht, Bankdirektor“, den am 16. November 1918 erlassenen Aufruf zur Gründung der Demokratischen Partei unterzeichnet hat, in welchem es unter anderem heißt: „Die Zeit erfordert die Gestaltung einer neuen sozialen und wirtschaftlichen Politik. Sie erfordert, für monopolistisch entwickelte Wirtschaftskreise die Idee der Sozialisierung aufzunehmen...“ (!) Und an einer anderen Stelle des Aufrufs wird unter den notwendigen Maßnahmen „die internationale Durchführung eines sozialistischen Mindestprogramms“ (!) von Schacht gefordert.

Solche Träume spukten damals im Kopf von Herrn Schacht! Jetzt spukt allerdings in seinem Kopf etwas ganz anderes, und der künftige Emil Ludwig wird sein Vergnügen daran finden, die Einstimmung von Herrn Schacht im Jahre 1918 seinen späteren Wandlungen gegenüberstellen zu können. Wir sind überzeugt, daß Herrn Schacht von seinen wertvollen Charakterzügen seine uneingeschränkte Wandlungsfähigkeit erhalten bleibt und daß er sich einmal auch mit seinen heutigen Freunden vertragen wird. Man darf von vornherein auf seine „Enthüllungen“ über Hugenberg gespannt sein. Jetzt ist es noch nicht so weit, und Herr Schacht bemüht sich in seinem Buch um die „Enthüllungen“ über die deutschen Regierungen, namentlich über die Regierung Hermann Müller, die er als „sozialdemokratische Regierung“ schlechthin bezeichnet. Er stützt sich dabei auf die Weidgabel der vertraulichen Bepfischungen und der Briefe sowie auf die Behauptungen, die er ohne Angabe der Quellen aufstellt. Seine Schilderung kann deshalb nur von jemandem nachgeprüft und nötigenfalls korrigiert werden, der selbst bei allen Verhandlungen dabei war.

### Der am meisten von Schacht angegriffene Mann, Stresemann, lebt nicht mehr.

Herr Schacht betont auch in seinem Buch, daß er „aus freier Entscheidung und im vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit den Young-Plan unterzeichnet“ hat (S. 100). Er versucht aber dann nicht weniger nachzuweisen, als daß die Beschlüsse der zweiten Haager Konferenz eine vollkommen falsche Fälschung des Young-Plans bedeuten. Wörtlich sagt er, daß „die Tatsache, daß der völlig auf eine wirtschaftliche Abwicklung eingestellte Young-Plan im Haag mit dieser Sanktionsklausel belastet worden ist, doch den Todesstoß für den Young-Plan bedeutet“ (S. 130). Von dieser Sanktionsklausel, deren Sinn und Bedeutung Herr Schacht völlig schief und mit tendenziösen Uebersetzungen darstellt, war sicherlich niemand in Deutschland begreifert. So, wie sie angenommen worden ist, bedeutet sie aber keine Beeinträchtigung des Young-Plans, was Herr Schacht selbst indirekt zugibt, wenn er schreibt (S. 100): es ist „nicht nur sachlich unrichtig, sondern auch tatsächlich falsch, die Revisions-, Abänderungs- und Beendigungsmöglichkeiten, die im Young-Plan enthalten sind, zu unterschätzen“. Und er wirft dem Kabinett Müller und dem nachfolgenden Kabinett vor, daß sie diese Möglichkeiten nicht beachtet haben. Das könnte und sollte — nach Schacht — also nach der Ausnahme der Sanktionsklausel geschehen. Also war diese Klausel kein „Todesstoß“ für den Young-Plan, dessen wertvolle Eigenschaften nach Schacht nicht unterschätzt werden dürfen.

An diesem entscheidenden Punkt erweist Schacht selbst die ganze „vernichtende“ Kritik, mit der er den größeren Teil seines Buches ausfüllt, als eine große Eisenklappe.

Herr Schacht nimmt in seinem Buch zu einer solchen Menge von Fragen Stellung, daß es schier unmöglich ist, in einem Zeitungsartikel auch nur auf einen wesentlichen Teil seiner Theorien und tatsächlichen Darstellungen einzugehen.

### Das meiste ist auch gar nicht neu.

Herr Schacht wiederholt mit größter Ausführlichkeit ziemlich alles, was er schon früher gegen die öffentliche Wirtschaft, über die Auslandsanleihen, über die Kolonien usw. mehr als einmal gesagt hat, nur noch viel stärker agitatorisch zugespitzt und vielleicht noch weniger sachlich begründet.

Es werden, was wir gern anerkennen, auch manche richtige Gedanken ausgesprochen. Zum Beispiel: Es ist

eine völlige Unmöglichkeit, den Young-Plan lediglich als eine von Deutschland übernommene Zahlungsverpflichtung anzusehen, sich aber über die wirtschaftlichen Vorbedingungen, die der Young-Plan aufgestellt hat, einfach hinwegzusetzen.“ (Seite 242.) Dieser Gedanke steht freilich voraus, daß der Young-Plan keinen Todesstoß ertitten hat, ist aber zweifelsohne richtig.

### „Marxistische“ Angriffe gegen den Kapitalismus.

Am meisten haben uns aber im Buche von Schacht seine Anflagen gegen den Kapitalismus gefreut. Man könnte manchmal den Eindruck haben, daß Herr Schacht den marxistischen „Vorwärts“ zitiert. Wir unterschreiben zum Beispiel mit beiden Händen seine Feststellung (Seite 243):

„Ein Kapitalismus, der nicht imstande ist, die Arbeitermassen in der Welt zu ernähren, hat keinerlei Existenzberechtigung.“

Und sehr interessant ist auch der danachfolgende Satz: „Die schwere Schuld, die das kapitalistische System auf sich geladen hat, beruht in seiner Verbindung mit der imperialistischen und militaristischen Gewaltpolitik.“

Ausgezeichnet! Das ist zwar nicht die einzige, aber wirklich eine große Schuld des Kapitalismus. Wir halten diese Schuld für die notwendige Folge der kapitalistischen Entwicklung, und wir verstehen sehr gut, warum Herr Schacht seinerzeit „die internationale Durchführung eines sozialistischen Mindestprogramms“ forderte.

Nur ist Schacht nicht ganz konsequent. Zu der imperialistischen Gewaltpolitik gehört doch auch die Kolonialpolitik, für die Herr Schacht auch in seinem Buch eine so große Liebe zeigt. Offenbar ist Kolonialpolitik für ihn eine mystische Angelegenheit. Er behauptet wiederholt, daß Deutschland Kolonien für den Bezug der Rohstoffe braucht, daß „in den deutschen Kolonien... ein ausreichendes Feld für den Rohstoffbezug gegeben war“, verrät aber mit keinem Wort, was das alles für Rohstoffe waren und welche Gebiete mit welchen Rohstoffquellen jetzt für Deutschland als Kolonien in Betracht kommen. Wenn er konkreter wird, so spricht er in diesem Zusammenhang von der lothringischen Eisenerzbasis! Das

## Wichtige Bankgründung.

### „Internationale Bodentreditbank“ in Basel.

Heute wird in Basel eine wichtige internationale Gründung erfolgen. Sechs führende Schweizer Banken, von Amerika die Chase National Bank, von England die Higginson u. Co. und die Herbert, Wagg u. Co., von Frankreich das Bankhaus Lagard Freres u. Cie. und die Filiale Higginson u. Co., Paris, von Schweden ein Kreuzer u. Zell sowie die Scandinaviska, endlich von Deutschland die vier D-Banken, Reichsredit A.-G., Wenzelsböh, Warburg, die Kreuzerische Unionbank, Fraenkel u. Simon, sowie die Deutsche Zentralbodentredit A.-G. (Gemeinschaftsgruppe) haben die „Internationale Bodentreditbank“ mit einem Kapital von 25 Millionen Schweizer Franken gegründet, die zugleich den französischen Namen „Credit Foncier International“ und den englischen Namen „The International Mortgage Bank“ trägt. Die Deutsche Gruppe ist mit 50 Proz. am Aktienkapital, das ursprünglich der Gründung mit 5 Millionen Franken eingezahlt wird, beteiligt, die französischen mit 10 Proz. Die Bank hat das Zehnfache ihres Aktienkapitals an Obligationen, also 250 Millionen Franken, auszugeben.

Der Zweck der Gründung ist in erster Linie der Verkauf deutscher Pfandbriefe und deutscher kommunaler Obligationen im Ausland. Man denkt dabei keine höher verzinslichen als siebenprozentigen Pfandbriefe und Obligationen ins Ausland zu verkaufen und auch die Wege vorzubereiten, höher verzinsliche Anleihen in niedriger verzinsliche umzuwandeln. Die Bank will in aller nächster Zeit bereits mit der Emission eigener Obligationen beginnen.

Wenn die Bank erfolgreich arbeitet, liegt der Vorteil für Deutschland auf der Hand. Die Möglichkeit, billigeres Kapital auch in respektablen Mengen nach Deutschland zu bringen, ist zweifellos gegeben. Daß die internationalen Gründer der Bank dabei in erster Linie an ihren Vorteil denken, ist selbstverständlich, aber auch unvermeidlich. Das Ziel wie der begrüßenswerte Zweck dabei ist der internationale Kapitalausgleich, der gegenwärtig durch innerpolitische Momente zungunsten Deutschlands gehemmt ist, die aber gerade durch ein starkes internationales Bankkonkordat, das seine Unterchriften und seinen Kredit zur Verfügung stellt, in ihrer Auswirkung gemildert werden können. Es ist kein Zweifel, daß Deutschlands Wiedererholung aus der Wirtschaftskrise sehr stark von zusätzlicher Kapitaleinfuhr abhängt. Erreulich ist dabei die Einschaltung des französischen Kapitalmarkts. Auf der anderen Seite muß freilich gefordert werden, daß bei der beschleunigten Umwandlung kurzfristiger kommunaler Schulden in langfristige der von den deutschen Banken so gerne ausgeübte Privatfinanzierungsdruck auf kommunale Verwaltungen beseitigt gelassen wird.

### Die europäische Agrarreditbank.

Die Vorarbeiten zur Gründung der von Louchere geforderten europäischen Agrarreditbank sind, wie Sauerwein im „Rhein“ berichtet, schon weit gediehen. Die Statuten der neuen Bank seien bereits bis auf wenige Einzelheiten fertiggestellt. Sofort nach der Zustimmung der Finanzabteilung des Reichsbundes werde das neue Institut seine Tätigkeit aufnehmen. Zu seinem Sitz werde voraussichtlich nicht Basel, sondern Zürich oder Amsterdam gewählt werden.

## Berschleudert russischer Roggen.

Die Russen haben sich gezwungen gesehen, ihren in Rotterdam lagernden Roggen kurzerhand zu verkaufen. Es handelt sich dabei um ein direkt wahrhaftiges Geschäft, das auch dadurch bemerkenswert ist, daß sich die Russen glattweg unter die Führung eines internationalen Handelstonsortiums begeben und ihrer Entschlußfreiheit entäußern.

Insgesamt dürften die verkauften Mengen 135 000 Tonnen betragen. Dieser Roggen wurde seinerzeit auf englischen Schiffen vom Schwarzen Meer nach Rotterdam gebracht, ohne daß man Aussicht hatte, diesen Roggen in Rotterdam zu verkaufen. Dann wurde der Roggen beladen. Nachdem die Preise weiter gesunken sind, entschloß man sich zum Verkauf. Käufer ist ein holländisch-deutsches Konsortium von Getreidehändlern. Die Russen haben pro Doppelzentner 3,47 Gulden oder noch nicht 6 Mark erhalten. Berechnet man für Frachten, Zinsen, Versicherung usw. pro Doppelzentner 1,5 Gulden, so erzielen die Russen für ihren Roggen pro Doppelzentner einen Preis von etwa 2 Gulden oder 3,40 Mark! Der Roggen ist also geradezu herausgeworfen worden, während

King so unwahrscheinlich, daß wir die betreffende Stelle (Seite 106) wörtlich zitieren müssen:

„Was Deutschland fehlt, sind Kolonialgebiete für seinen Rohstoffbezug und Absatzmärkte für seine Fabrikate. Komme es vorher, als es noch über eigene koloniale Rohstoffgebiete verfügte, seine Rohstoffkäufe aus diesen durch Kreditansprüche in seiner eigenen Währung finanzieren, so muß es heute Valutakredite in Anspruch nehmen. Die ganzen Außenhandelsbeziehungen im Import und Export sind somit auf eine außerordentlich schwankende Basis gestellt, und jede ökonomische oder politische Störung in seinen ausländischen Beziehungen beeinflußt die Handelsbilanz Deutschlands sofort erheblich. Der Rückgang der deutschen Ausfuhr von Holzwerkzeugen sind ein typisches Beispiel, wie sehr der Verlust der lothringischen Eisenerzbasis die deutsche Industrie geschädigt hat.“

Wir wollen die Berechtigung des Beispiels nicht prüfen. Was hat es aber mit den Kolonien zu tun? In welchen Kolonien kann Deutschland den Erfolg für die lothringische Eisenerzbasis erhalten? Herr Schacht würde vielleicht antworten, daß man zwar keine neue Eisenerzbasis, dafür aber andere wertvolle Rohstoffquellen erhalten könnte. Warum wird er aber nicht deutlich genug, wenn er von „der Rückgewinnung eigener Rohstoffquellen“ spricht? Es bleibt sein Geheimnis, welche Rohstoffe er dabei meint.

Wir wollen unsere Ausführungen aber nicht mit diesem Fragezeichen abschließen und geben mit uneingeschränkter Zustimmung noch eine ausgezeichnete Stelle (Seite 213) aus seinem Buche wieder, die uns noch einmal an die sozialistische Vergangenheit Schachts erinnert:

„Rund 15 Millionen Erwerbslose sind auf die Unterstützung ihrer Rinnenschen angewiesen und gehen an den finanziellen und wirtschaftlichen Kerkern der Industrieländer. In Rußland, China und Indien sterben Millionen von Menschen an Hungersnot, während in den großen Getreideproduktionsländern ein Teil der Ernte verrotet. Niemals ist die Unfähigkeit der wirtschaftlichen Führer der kapitalistischen Welt so deutlich zutage getreten wie gegenwärtig. Wunderlich ist da noch jemand, daß eine allgemeine Erbitterung in den breiten Bevölkerungsschichten fast aller Länder sich geltend macht, die in sozialistischen, kommunistischen und bolschewistischen Reaktionen Ausdruck sucht.“

Herr Schacht kann also sehr gut „marxistisch“ reden! Nur schade, schade, daß er nicht aus seiner Erkenntnis des Bankrotts des kapitalistischen Systems klare praktische Konsequenzen gezogen, sondern das ganze Buch geschrieben hat, um der schlimmsten kapitalistischen Reaktion und — insgeheim — dem dritten Reich zu dienen.

in Rußland Millionen hungern. Außerdem haben sich die Russen verpflichtet, drei Monate hindurch keinen weiteren Roggen zu verkaufen, um der kapitalistischen Roggenpekulation nicht das Geschäft zu verderben.

## Lebenshaltungsindex 138,8 Prozent.

Das Reichsstatistische Amt teilt mit: Die Lebenshaltungsindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstiger Bedarf) belief sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Februar auf 138,8 gegenüber 140,4 im Vormonat. Sie ist somit weiter zurückgegangen. An dem Rückgang sind die Bedarfsgruppen Ernährung, Bekleidung und sonstiger Bedarf beteiligt, und zwar sind zurückgegangen die Indizes für Ernährung um 1,9 auf 131,0, für Bekleidung um 1,2 auf 144,7, für sonstigen Bedarf um 0,8 auf 156,7 Proz. Die Indizes für Wohnung ist mit 131,8 Proz. die für Heizung und Beleuchtung mit 150,4 Proz. unverändert geblieben. In der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Preise für Fleisch und Fleischwaren, für Eier, Hüllfrüchte sowie Kaffee und Bohnenkaffee gesunken. Dagegen sind die Preise für Gemüse und Kartoffeln wohl unter dem Einfluß der Jahreszeit weiter gestiegen. Die Preise für Butter haben im Reichsdurchschnitt ebenfalls angezogen.

## Handelskammern zur Wirtschaftslage.

Nach dem Handelskammerbericht des preussischen Handelsministeriums für den Monat Februar weist die Lage immer noch keine bestimmten Anzeichen für eine Besserung auf. Allerdings zeigt sich in den einzelnen Zweigen der Textilindustrie eine gewisse Belebung. Auch die wachsende Widerstandsfähigkeit der Börse habe zu einer gewissen Belebung geführt.

## Was wird mit den Schweinen?

### Die tiefsten Preise kommen noch.

Wie an jedem Monatsende berichtet das Institut für Landwirtschaftliche Marktforschung Berlin in den „Blättern für Landwirtschaftliche Marktforschung“ auch jetzt über eingehende Untersuchungen der aktuellsten Absatzgebiete. Dem Februarbericht entnehmen wir auszugeweiht das folgende Ergebnis einer Untersuchung über die Zukunft des Schweinemarkts:

Der außerordentliche Tiefstand der Weltgetreidepreise ist auch von großer Bedeutung für das zukünftige Schweinepreinsniveau am internationalen Markt. Im Durchschnitt der Jahre 1925/26 kostete in Dänemark Futtergetreide rund 19 Mk. je 100 Kilogramm; im gleichen Zeitraum betrug der Schweinepreis 134 Mk. je 100 Kilogramm, also etwa das Siebenfache des Futtergetreidepreises. Dieses durchschnittliche Verhältnis zwischen den Marktpreisen für Schweine und Getreide von 7:1 kann als Kalkulationsbasis für die Abschätzung des für die Zukunft zu erwartenden durchschnittlichen Schweinepreinsniveaus am internationalen Markt dienen, denn es dürfte die Preisbeziehungen zwischen Futter- und Schweinepreis zutreffend zum Ausdruck bringen.

Würde man von dem gegenwärtigen Tiefstand der Weltgetreidepreise von rund 80 Mk. je Tonne Futtergetreide ausgehen, so läme man — unter Annahme des bisherigen durchschnittlichen Preisverhältnisses von 7:1 — zu Schweinepreisen von nicht einmal 60 Mk. je 100 Kilogramm. Der Preisstand von 80 Mk. je Tonne Getreide dürfte aber kaum für einen so langen Zeitraum Geltung behalten, daß sich das durchschnittliche Schweinepreinsniveau — ebenfalls für einen längeren Zeitraum gerechnet — auf einen derartigen Tiefstand einstellen würde. Nicht ausgeschlossen, sondern sogar wahrscheinlich ist indessen, daß im laufenden Jahr ein derartiger Preisstand für Schweine am internationalen Markt erreicht wird.

Für den deutschen Markt kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, daß die Schweinepreise im Jahre 1931 wahrscheinlich niedriger liegen werden als in irgendeinem Jahr seit der Währungsstabilisierung. Wann der zu erwartende Tiefstand der Schweinepreise von einer nachhaltigen Erhöhung abgelöst werden wird, läßt sich vorerst noch nicht übersehen und hängt nicht zuletzt auch von dem diesjährigen Ernteaussfall ab. Immerhin ist anzunehmen, daß das Angebot im Laufe des Erntejahres 1931/32 am größten sein wird.







